

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Wochentlich 25 Pf., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 25 Pf., frei im Haus.

Vormärts

Die Inserions-Gründe
beruht für die sechsgehaltene Kolonne
jede oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1509.

Donnerstag, den 3. Oktober 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Schrittmacher des Brotwuchers.

Die schon gestern mitgeteilt, hat die abgehaltene Delegierten-
versammlung des Centralverbandes deutscher Industrieller
sich im wesentlichen mit dem am 9. August vom Directorium gefassten
Beschluss einverstanden erklärt, der zwar den im Zolltarif-Gesetz-
entwurf enthaltenen Mindestsätzen für Getreide zustimmt, sich aber
gegen ihre Festlegung durch einen Minimaltarif ausspricht. Diese
Zustimmung zum Directorialbeschluss war voranzusehen; weit
wichtiger wie er selbst ist, wie die Debatte geführt wurde und unter
welchen Umständen die Annahme zu stande kam. Die hierbei sich
abspielenden Vorgänge zeigen, dass der größte Teil der Versammlung
keineswegs an ein Aufgeben des Paktes mit den Agrariern
denkt. Schon das Einleitungs-Referat des Generalsekretärs
Bued suchte gefühlvoll jedes scharfe Wort gegen die Angriffe der
agrarischen Presse zu vermeiden. In gewünschter Weise betonte
er wiederholt, der Centralverband wolle „unter keinen Um-
ständen“ die Mindestsätze herabgesetzt sehen, er halte an „der
Solidarität der Interessen der Industrie und
Landwirtschaft“ fest, ihm erscheine gegen die Höhe der im
Tarifentwurf vorgeschlagenen Agrarsätze durchaus nichts ein-
zuwenden zu sein. Nur mit der Bindung der Mindestsätze durch
einen partiellen Minimaltarif könne sich, erklärte er, der
Centralverband nicht einverstanden erklären. Doch auch diese
letzte Behauptung stellte sich im weiteren Verlauf der
Debatte als unrichtig heraus, indem verschiedene Redner
teils offen aussprachen, teils deutlich durchblicken ließen, dass
sie, wenn es nicht anders sein könne, auch für den
Minimaltarif zu haben seien. So forderte gleich der als Korreferent
bestellte nachfolgende Redner, der Geheimen Regierungsrat König,
die Versammlung solle in der Doppeltariffrage keine
Stellung nehmen, oder wenn sie dies doch thun wolle,
wenigstens sich nur gegen den partiellen Doppeltarif, nicht
gegen das volle Doppelsystem aussprechen. Ebenso erklärte sich
Kommerzienrat van der Hyphen im Namen des Vereins der Industriellen
des Regierungsbezirks Köln gegen eine Beschlussfassung, und der durch
seine Opposition gegen die Arbeiterkammer-Gesetzgebung bekannte
Kommerzienrat Vorster meinte gerade heraus, er würde auch gegen
den von den Hochagrariern geforderten partiellen Doppeltarif nichts
einzuwenden. Schließlich enthielten sich der Verein der Industriellen des
Regierungsbezirks Köln, der Oberhessische Berg- und Hütten-
männische Verein und die Handelskammer Hagen der Abstimmung.
Der Vorgang ist außerordentlich charakteristisch; er zeigt, dass die
im Centralverband vereinigten Industriellen keineswegs geneigt sind,
ihre Forderungsbekämpfungen und Symplicitätsaufgebungen, dass
sie vielmehr, um diese durchzuführen, zu weitestem Entgegenkommen
gegen die agrarischen Forderungen bereit sind. Weislicher konnten die
freisinnigen Blätter, voran die „Post“, die nach dem Directorial-
beschluss vom 9. August bereits den totalen Bruch zwischen Central-
verband und Junkertum voraussehen und daran optimistische Folge-
rungen knüpfen, kaum dementiert werden.

Verantwortliche Minister.

In dem unlängst erschienenen zweiten Bande der von Förschner
zusammengestellten Denkwürdigkeiten des Freiherrn v. Mantensfel
finden sich neben einem Bistum von Gleichgültigen, auch einige sehr
annütliche Beiträge zur Psychologie des monarchischen Absolutismus
in schweizerischen Staaten. Friedrich Wilhelm IV. erscheint
hier unter der Beleuchtung seiner Minister, und sachlich vernichtendere
Urteile sind über den gekrönten Mann und seine heillosen Wirksamkeit
kaum je gefällt worden wie hier seitens seiner verantwortlichen Rat-
geber, die freilich nie sicher waren, ob nicht irgend ein dunkler Ein-
fluss irgend eine auf den Zustand des Königs gerichtete Ein-
wirkung alle ihre Rathschläge und Entscheidungen plötzlich unwirksam
kam es doch nicht selten vor, dass der König die Briefe seiner
Minister uneröffnet zurückschickte, während er einer beliebigen un-
verantwortlichen Person Gehör schenkte und ihren Anträgen
willfährte!
Eine Besonderheit Friedrich Wilhelms IV. war, dass er durch
Erklärungen seine Vereinstwilligkeit für eine Sache aussprach und
dann, nachdem die Minister vor der Öffentlichkeit demgemäß Ver-
pflichtungen eingegangen waren, sich eines andern besann und
seine Rathgeber in der Tasche ließ.
Eine dieser Affären führte 1851 zum Rücktritt des Kriegsministers
v. Stobausen; die Angelegenheit sei nach der erwähnten Publikation
kurz erzählt.
Am 9. September 1851 schreibt der Kriegsminister dem Minister-
präsidenten v. Mantensfel, dass er zum Rücktritt entschlossen sei. Die
Gründe dafür deutete er in den folgenden messerscharfen Sätzen an,
die in der That das Innere des schweizerischen Absolutismus
bloßlegten:
„Es ist durchaus erforderlich“ — schreibt der Kriegsminister an
den Ministerpräsidenten — „dass der König einen Kriegsminister
wählt, zu dem er entweder größerer Vertrauen oder gegen den er
größere Rücksichten hat, als zu mir und bezw. gegen mich. Wenn der
Kriegsminister nicht ein Mann ist, dem der König Vertrauen und
Achtung zu zahlen das Bedürfnis hat, dann ist er nichts als
das Kaliber, welches die verschiedensten Arten des Kriegs-
ministeriums trägt und dieser unwürdigen Würde würdelos bald
entzieht. Der König widerwehrt sich allen meinen Vorschlägen, ebenso
denen, die sehr dringend und wichtig, als denen, die unbedeutend
aber doch nötig sind; mit gleicher Beharrlichkeit fordert er Dinge
von mir, die entweder unausführbar oder schädlich sind. Jene Wider-
wehrlust ist Abneigung oder Privatrage gegen meine Person, diese
Forderungen sind Eingebungen von ganz unwissenden oder
böswilligen Leuten, zuweilen Generale und Stabsoffiziere,
mit denen seine Umgebungen korrespondieren, oder wach-
habende Kreuzzüge in Lauscha u. s. w., oder Kanoniere,
Stadträte, Polizeibeamte u. s. w. — Der Kriegsminister ist der

Es wird sich zeigen, ob die liberale Hoffnungslosigkeit nicht trotz
dieser Enttäuschungen sich von neuem durch die agrarischen
Zuschungsmandate bestärken lässt. Denn die konservativen und
extrem agrarischen Blätter verharren trotz allen Entgegenkommens
des Centralverbandes in der bisher nicht erfolglosen Vertretungs-
taktik, als seien sie höchst empört, wenn neben all ihren andern
Forderungen nicht auch die Forderung der gesetzlich festgelegten
Minimalzölle erfüllt werde. Die „Kreuz-Zeitung“ versucht
die Großindustrie, die den Agrariern so viel zugesieht, zu noch ver-
mehrtem Zugeständnis zu pressen, indem sie droht:
„Herr Bued wird sich bald im Parlament davon überzeugen,
dass die Freunde der Landwirtschaft gegen jede Erhöhung irgend
eines Industriezölles und also gegen den ganzen Tarif-
entwurf stimmen werden, wenn ihnen der Minimal-
zoll für Getreide nicht zugestanden wird. Nicht um die
Industrie zu schädigen, sondern um die Landwirtschaft zu retten,
würden wir und die meisten unserer Freunde auch für voll-
ständige Zollfreiheit eintreten, wenn die Industriellen
nicht bedingungslos den herrschenden Zollsystem nötigen
Zollschutz für die Landwirtschaft bewilligen. Herr Bued wird auf-
hören zu lachen, wenn die Entscheidung kommt!“

Ja, selbst ein reizvolles Geheimnis konföderativer Politik enthält
die „Kreuz-Zeitung“, um die Großindustrie gefügiger zu machen. Sie
sucht Herrn Bued und seine Gefolgschaft durch die erschreckliche An-
kündigung einzuschüchtern, dass die konservative Partei, im Fall der
Nichtbewilligung des vollen und läckenlosen Brotwuchers — Social-
reform betreiben werde. Sie erklärt:
„Wir können Herrn Bued sagen, dass auch in der konservativen
Partei und Fraktion sehr viele sind, denen die Verzögerung in der
Socialreform durch den Einfluss des Centralverbandes schon viel
zu lange dauert, und die mit den Rücksichten auf die Großindustrie
(a. B. beim Arbeitswilligen-Gesetz) nur aus Opportunitätsgründen
einverstanden waren. Auch dies Blatt wird sich einmal wenden!“

Es eröffnen sich also die herrlichsten Aussichten, wenn die Korn-
zölle „nur“ erhöht, nicht aber die Minimalzölle des Zuckerzolls
den Agrariern erfüllt werden: dann werden die Konservativen nicht
nur für Freihandel, sondern auch gegen Ausnahmesteuern und für
gute Socialpolitik stimmen! Nur noch ein Schritt und die „Kreuz-
Zeitung“ erklärt, socialdemokratisch werden zu wollen, falls der
Minimalzoll nicht zu stande kommt.

Das alles würde äußerst erfreulich sein, wenn es nicht offenbar
wäre, dass die Herren Agrarier auch hier wieder nur ihre übliche
Erpressungspolitik versuchen, um so viel als möglich bei dem großen
Raubzug wider den Volkswohlstand herauszuschlagen.

Natürlich beteiligt sich auch die „Deutsche Tageszeitung“
an diesen Versuchen:
„Was es für einen Sinn haben soll, dass unter die Minimal-
sätze des Zolltarifs nicht herunter gegangen werden soll, dass
aber dies nicht im Gesetz festgesetzt werden dürfe, wäre un-
erfindlich, wenn nicht die Absicht auf Seiten des Centralverbandes
bestände, auch diesmal wieder wie 1892 der Landwirtschaft jede
Erhöhung der Zölle vorzuenthalten.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ glaubt selbst nicht an die Unter-
stellung, die sie dem Centralverband macht. Sie will ihr Gefolge
alarmieren und durch fortgesetztes Lärmen weitere Konzessionen er-

vertiable Plastron (Stichblatt) dieser Leute, auf den sie durch den
Arm des Königs fortwährend stoßen. Außerdem vertritt der König
niemals den Kriegsminister gegen die ungehörigen Generale, hört
vielmehr deren borniertes Gekläsch gegen denselben bereit-
willig an.“

Friedrich Wilhelm IV. aber, der in ewiger Angst vor neuen
Revolutionen lebte, fürchtete durch einen Ministerwechsel an seiner
Position Schaden zu leiden und ließ den Kriegsminister nicht los.

Inzwischen die Lage wurde für einen Mann, der auf Ehre hielt,
bald unerträglich.
Gelegentlich des Militärreits 1849/50 hatte die Kommission den
Antrag gestellt, die bisher höher gelohnten Offiziere des 1. Garde-
Regiments zu Fuß und des Regiments Garde du Corps den
Offizieren des 2. Garde-Regiments zu Fuß gleichzustellen. Bei den
Kammerdebatten erklärte die Regierungsdirektor, dass man diese
Angelegenheit der Regierung überlassen und das nächste Budget
erwarten möge.“ Infolgedessen ging die Kammer zur Tages-
ordnung über.

Als der nächste Etat 50/51 vorbereitet wurde, unterhandelte der
Kriegsminister mit dem König, um die Sache zur Entscheidung zu
bringen. Friedrich Wilhelm IV. bezeichnete es als seine Absicht, die
Offiziere für ihre pekuniären Verluste aus seiner Schatzkammer zu ent-
schädigen; diese sei aber augenblicklich nicht leistungsfähig; indessen
wolle der König die den verschiedenen Theatern bisher gewährten
Subventionen aufheben und aus den so gewonnenen Mitteln jene
Offiziere entschädigen. Friedrich Wilhelm IV. instruierte in diesem
Sinne den Minister, der Kammer mitzuteilen, von der sofortigen
Regelung der Sache abzusehen, da sie von der Regierung be-
stimmt bewirkt würde, wenn die Fonds, deren Zurückzuführen in
die Schatzkammer des Königs in näher Aussicht ständen, verfügbar
würden.

Der Stellvertreter des Kriegsministers gab demgemäß ein
Versprechen ab und die Kammer verzichtete daraufhin, die An-
gelegenheit sofort zum Antrag zu bringen.

Friedrich Wilhelm IV. hatte sich inzwischen anders besonnen.
Es war ihm sehr lieb, dass die Kammer den Beschluss auf seine Ver-
sprechungen hin ausgeföhrt hatte, aber er mochte keine Privatstatulle
nicht in Anspruch nehmen. Am 13. November 1851 mochte v. Stob-
ausen den König an das Versprechen. Friedrich Wilhelm IV. wies
ihn scharf ab, obwohl er sein Wort auch eigenhändig schriftlich dem
Präsidenten der Kammer und dem Vorsitzenden der Budgetkommission
versprochen hatte; er berief sich darauf, dass die Theater-Subventionen
noch nicht aufgehört hätten.

Zu jener Zeit hatten — unter den Einwirkungen der stählenden
Märzstürme — die Minister noch eine höhere Auffassung von dem
verpflichtenden Ernst ministerieller Versprechungen, als das wohl
späterhin der Fall war. Genug, Minister v. Stobausen richtete an
den Ministerpräsidenten ein offizielles Schreiben, in dem er knapp

zwingen oder mindestens einem Herabgehen von der im Regierung-
entwurf vorgeschlagenen Zollhöhe vorbeugen.

Dem wirklichen Stand der Dinge entsprechend ist allein
die Auslassung der „Post“, des eigentlichen Organs für „Sammel-
politik“. Die „Post“ führt aus:

„Der gestrige Beschluss des Centralverbandes wiederholt zwar
den bekannten Beschluss des Directoriums, wonach Minimal-
sätze für die Haupt-Getreide-Arten nicht gesetzlich fest-
zulegen seien, bedeutet aber im übrigen sowohl nach
Form wie nach Inhalt einen wesentlichen
Fortschritt gegen seinen Directorialbeschluss.
Zunächst wird mit Entschiedenheit betont, dass nicht unter die im
Zolltarif-Gesetz vorgesehene Sätze für Getreidezölle herunter-
zugehen sei, und damit den Wünschen und Interessen der Land-
wirtschaft ein für das künftige Zusammenwirken beider
großen Interessengruppen sehr wünschenswertes Entgegen-
kommen bewiesen. Sodann aber wird in dem Schlussatz
verständigerweise bereits mit der Eventualität der
Aufrechterhaltung der Minimalsätze für die Haupt-
getreide-Arten durch die gesetzgebenden Körperschaften gerechnet und
ein modus vivendi für diesen Fall in Aussicht genommen. Das
entspricht durchaus der Auffassung, die wir stets vertreten haben,
und bildet eine Brücke für die Verständigung zwischen
allen Gruppen der Anhänger des Schutzes der
nationalen Arbeit bei der definitiven Feststellung des Zoll-
tarif-Entwurfes und Zolltarif-Gesetzes.“

Wie nicht anders zu erwarten war, eröffnet daher der erste
Tag der Tagung der Delegierten-Versammlung des Central-
verbandes deutscher Industrieller die sichere Hoffnung, dass im
entscheidenden Momente industrielle und agrarische
Schutzkolliner fest zusammengehalten werden.“

Aber nicht nur die Versammlung der Industriellen des Central-
verbandes, sondern auch der gleichzeitig tagende Handelsrat
zeigte ein recht seltsam schutzkollinerisches Gesicht. Eine ganze Reihe
von Handelskammern erklärten sich durch ihre Vertreter, wenn auch
gegen das Doppeltarifsystem, so doch mit den in den Zolltarif ein-
gestellten Zollsätzen für Agrarprodukte einverstanden, und schließlich
sind die vom Kommerzienrat Wiffner (München) vorgeschlagene
Resolution, der Handelsrat trete dafür ein, dass „Zölle
auf Rohstoffe nicht neu eingeföhrt oder erhöht werden
und dass die Lebensmittelzölle im neuen Zolltarif keines-
falls die bestehenden des allgemeinen Tarifs überschreiten“, nur eine
Mehrheit von 5 Stimmen, 161 dafür, 148 dagegen.

Nichts also wäre thörichter, als auf die geringfügigen und
zum Teil erhebelichen Zwiffligkeiten zwischen industriellen und
agrarischen Schutzkollinern oder auf die Festigkeit der mehr oder
weniger liberalen Handelskreise irgendwelche Hoffnungen zu bauen.

Die Arbeiterklasse hat in ihrem großen Kampfe gegen
den Brotwucher nichts von den Vertretern der Industrie und des
Handels zu erwarten, die vielmehr zum guten Teil die Schrittmacher
des Agrariertums sind. Die Arbeiterklasse ist auf sich allein
gestellt; doch je schwerer dieser Kampf ist, um so ruhmvoller werden
die Erfolge sein, die sie erringen wird.

und manhaft sagte: „Ich muß mich außer stande erklären, noch
einmal vor die Kammer mit einer unerledigten Sache zu treten, an
der ich zweimal feierlich abgegebenes, aber unerfüllt
gebliebenes Versprechen hafte; ich muß, wenn dieses letztere
nicht irgendwie zur Erfüllung gebracht wird, Sr. M.
ungesäumt meine Entlassung einreichen und kann, wenn letztere sich
etwa bis nach Eröffnung der Kammer verzögern sollte, in denselben
nicht mehr erscheinen.“

Diese in der Folgezeit anscheinend gänzlich ausgestorbene An-
schauung über ministerielles Ehregefühl machte nicht den geringsten
Eindruck auf den König. Obwohl sämtliche Minister ihrem Kollegen
bestimmten, obwohl Stobausen persönlich dem König erklärte, er
könne zwar über sein Leben jeden Augenblick gebieten, eines
aber müsse sein Eigen bleiben, die Ehre, diese aber würde
durch ein nicht gehaltenes Versprechen zertrümmert werden und ein
solches habe er auf königlichen Befehl in der Kammer gegeben,
nicht auf eine in weiter Ferne möglich werdende Erfüllung, sondern
auf eine nahe Zukunft hin — Friedrich Wilhelm IV. blieb allen
diesen Vorstellungen zum Trost bei seiner Rede, dass die Theater-
subventionen noch nicht erledigt seien.

In einem seiner landverwässigen Briefe erklärt Friedrich
Wilhelm IV. diese Verurteilung auf die Ehre als gollastigen Eigensinn; dem
gollastigen Eigensinn eines Ministers gebe ich aber nicht nach.
Das steht fest.“ In demselben Briefe entwickelt der König das Talent
eines verfolgten Schuldners, der um Verdrüssungen nie verlegen ist.
Er schreibt, nachdem der Kriegsminister zum zweitenmal sein Ent-
lassungsgesuch eingereicht hat, an Mantensfel: „Ein trauriger
Zusatz bringt mich der Erfüllung meines Versprechens viel-
leicht näher, als ich und er (Stobausen) es im vorigen
Jahre nur ahnen konnten: der Tod meines teuren Onkels
Wilhelm. Wenn nämlich: 1. bis September kommenden Jahres
80 000 Rthl. an die Erben ausgezahlt sein können (was die ganze
Apanage für ein Jahr ausmacht), 2. wenn ich dann nicht genötigt
werde, einen oder gar zwei meiner Neffen zu stabilen und einer
Rückte die Wittigst von 100 000 Rthl. zu geben, so kann ich und
will ich dann mit Anfang 1853 die Garbezulage in Volle über-
nehmen. Aber der vielen „Wem“ wegen kann ich als christlicher Mann
nicht nicht binden.“ — In der That ein ebelficher Mann!

Es ist nicht vorüber, den Konflikt in seinen Einzelheiten
weiter zu verfolgen. Mit dem Ende des Jahres verließ Stob-
ausen das Kriegsministerium, ohne dass er sein Versprechen hatte
eulösen können.

Zur Charakteristik Friedrich Wilhelms IV. und der traurigen
Rolle, die in Preußen zu Zeiten die verantwortlichen Minister spielen
müssen, verdient die Episode der Vergegenwärtigung entworfen zu werden.
Allerdings gebietet es die Gerechtigkeit, anzuerkennen, dass der Minister
damals die Konsequenzen aus der ihm zu teil gewordenen Be-
handlung zu ziehen wußte.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Oktober.

Die Märchenbrunnen.

Ein Teil der bürgerlichen Presse, vor allem das „Berliner Tageblatt“, bringt Mittwochabend einen Bericht über die Sitzung der städtischen Anstaltsdeputation, der geeignet ist, grundfalsche Ansichten über den Beschluß, den die Deputation in der Angelegenheit des Märchenbrunnens gefaßt hat, zu verbreiten.

Während das „V. T.“ meldet, daß die Frage erst noch vom Magistrat näher geprüft werden soll, bevor Stellung zu dem Einpruch des Kaisers genommen wird und daß ein Eingehen auf die Vorschläge des Monarchen zu erwarten steht, geht uns die Nachricht zu, daß gerade das Gegenteil von der Deputation beschlossen worden ist.

Die Deputation war — die Magistratsmitglieder eingeschlossen — einmütig der Ansicht, daß dem Einpruch des Kaisers, der in einem längeren, im Auftrage des Ministers vom Polizeipräsidenten an den Magistrat gerichteten, Schreiben aus künstlerisch-ästhetischen Gründen gegen die geplante Art der Ausführung des Kunstwerks Einwendungen erhebt und eine völlig andere Grundidee vorschlägt, nicht stattgegeben werden soll. Die Deputation fand keinen Anlaß, die bereits in der Ausführung begriffenen Märchenbrunnen infolge des kaiserlichen Einpruchs anders zu gestalten, und war — ebenfalls einmütig — der Meinung, daß weder nach dem vom Minister angegebenen Befehl über die Bauaufsichtlinien, noch nach dem seiner Zeit bei Uebernahme der Straßen abgeschlossenen Verträge die Anstellung der Brunnen von der Genehmigung des Kaisers abhängt. Da das Schreiben des Polizeipräsidenten keine definitive Verweigerung der polizeilichen Bauverlaubnis — diese muß nach dem Befehl eingeholt werden — enthält, sondern eine Abänderung des Projekts anheimschickt, beschloß die Deputation, dem Magistrat zu empfehlen, dem Polizeipräsidenten mitzuteilen, daß eine Abänderung des Projekts nicht beabsichtigt wird, und den Polizeipräsidenten um eine definitive Versicherung darüber zu ersuchen, ob er die Bauverlaubnis erteilt oder verweigert. Für den Fall der Verweigerung beschloß die Deputation, den Magistrat zu ersuchen, gegen den Polizeipräsidenten die Klage auf Erteilung der Bauverlaubnis beim Ober-Verwaltungsgericht einzuleiten.

Dies der Sachverhalt. Wir raten dem „Berliner Tageblatt“, das offenbar der Meinung ist, ein König habe kraft seiner Geburt das höchste Urteil über Kunstfragen, wegen dieser „Auszeichnung“ der Künstler und der Stadt, der sie ihre Kraft widmen, am gedrohenen monarchischen Gefäß unverzüglich zu verschneiden. —

Die Chinabente.

Ueber die Hinterrückführung der astronomischen Instrumente aus Peking hat die Regierungspresse trotz aller Mahnungen um Aufklärung bisher mit absonderlicher Beharrlichkeit geschwiegen. Jetzt endlich öffnet die „Nordd. Allg. Ztg.“ die offiziellen Jähne, um folgendes zu melden:

Nachdem durch die jüngst erfolgte Unterzeichnung des Schutzprotokolls in Peking normale Beziehungen zwischen China und den Mächten wieder angebahnt worden sind, hat die deutsche Regierung der chinesischen die seiner Zeit von dem deutschen Konsulenten aus Peking fortgeführten astronomischen Instrumente wieder zur Verfügung stellen lassen. Die chinesische Regierung hat darauf erwidert, daß sie mit Rücksicht auf die Unständlichkeiten und Schwierigkeiten, mit denen der Rücktransport sowie die demnächstige Wiederaufstellung der Instrumente verknüpft sein würde, auf dieselben verzichte.

Diese offiziöse Mitteilung bestätigt die Berechtigung der von uns zuerst in der hauptstädtischen Presse erhobenen Anklage vollumfänglich.

Es bleibt unangeführt, wer die Instrumente fortgeführt hat. Das aber ist angeklagt, daß sie nicht etwa durch Kauf oder Schenkung, wie die Beschöniger jeglichen Humenismus vorzuspiegeln gedachten, erworben worden waren. Und die offiziöse Note wagt selbst nicht zu behaupten, daß ihr Hinweis auf nicht „normale Beziehungen“ die Thatsache der Widerrechtlichkeit des Blünderungsaktes auslöschen kann.

Die deutsche Regierung bemüht die Wiederherstellung der „normalen Beziehungen zur Ausrede, um das hunnische Vergehen wider das Völkerrecht zu mildern. Es müssen seltsame Dinge hinter den Coulissen des Chinafahrtretums sich abgespielt haben, daß die Regierung nicht eher und nicht unumwunden zum Zugeständnis der geschehenen Verführung gelangen konnte.

Die Regierung wird selbst empfinden, daß die dürftige Ausrede, die sie in der „Nordd. Allg. Ztg.“ unternimmt, ihr nicht zur Ehre gereichen kann. Wollte man die Instrumente nur an sich nehmen bis zur Wiederherstellung der „normalen Beziehungen“, so hätte man sie in China belassen und nicht zu einer Zeit, wo die Wiederherstellung der normalen Beziehungen schon gesichert war, über See geführt und im Potsdamer Park aufgestellt.

Erst als wir und andre deutsche Väter das Unrecht aufgedeckt hatten, entschloß man sich, seine Schuld zuzugestehen und stellte die ungerechte Beute der chinesischen Regierung zur Verfügung. Diese hat mit feiner Ironie die Annahme zurückgewiesen, indem sie auf die Schwierigkeiten des Rücktransports hinwies.

Die chinesische Regierung beachtlich das unrecht erworbene Gut in Deutschland zu belassen zum dauernden Gedächtnis, wie die Deutschen das Völkerrecht zu achten wissen. Wird die deutsche Regierung dieses Schandmal dem deutschen Volke erhalten wollen?

Die Ehre gebietet, die aus Peking fortgeführten astronomischen Instrumente ohne Säumen zurückzuführen und an ihren Platz zurückzustellen. Die Regierung kann sicher sein, daß selbst die Socialdemokraten ihr die Kosten für den Rücktransport und die Wiederaufstellung der Instrumente zu bewilligen bereit sind! —

Deutsches Reich.

Kommunale Demut. Aus Halle wird uns berichtet: Die Kompetenzkommission, die wegen der Petition gegen die Getreidezölle eingesetzt worden ist, hat nun, so teilte der Vorsitzende des Kollegiums heute mit, ihre Arbeiten und Beratungen erledigt. Die seit Februar d. J. tagende Kommission hat nun den Beschluß gefaßt, die Abänderung einer Petition nicht zu empfehlen. Das wirtschaftliche Leben unserer Industriestadt Halle, so heißt es in dem Beschluß, werde durch den Zolltarif nicht beeinträchtigt. Am nächsten Montag soll die Angelegenheit im Plenum beraten werden. —

Die Nationalsozialen debattierten am Dienstag über die Kolonialpolitik. Maurenbrecher gab zu, daß für die heutige Kolonialpolitik die Arbeiter nicht gewonnen werden könnten. Schwärzte dann aber für eine antikapitalistische Kolonialpolitik, die vermutlich heute auf dem Monde betrieben wird.

Kaufmann Bohmann schlug vor, eine Insel anzukaufen, auf die jeder geschickt werden dürfte, der sich offen zum Anarchismus bekennet. Der Staat hätte die Verpflichtung, diese Leute, die doch einmal hier geboren und zweifellos das Produkt der heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse seien, ein Jahr lang zu ernähren. Diejenigen Anarchisten müßte gefaßt werden; wenn es Euch gelingt, aus dieser Insel ein Paradies zu schaffen, dann wollen wir anerkennen, daß Eure Ideen die richtigen sind.

Vielleicht kauft man zu diesem Zweck — England an.

Ueber die „fittliche“ Mission der Kolonialpolitik gerieten v. Gerlach und Professor Rathgen im Gegenfag. Gerlach empfahl eine Kolonialpolitik jenseits von Gut und Böse; sie müsse im Interesse des Mutterlandes, nicht des Regers wegen geschehen, die also nur als billige kapitalistische Ausbeutungsobjekte zu betrachten sind. Dagegen will das gute Herz Rathgens auch den Regern von wegen der fittlichen Pflichten Hilfe angedeihen lassen.

Schließlich wurde beschlossen, ein Kolonialprogramm auszuarbeiten.

Ueber die Taktik bei den Gemeindevahlen sprach Lehrer Wolff-Berlin: Bei den Gemeindevahlen können die Nationalsozialen auch mit den Antisemiten zusammengehen. Ob diese für höhere Getreidezölle stimmen, läßt sich nicht in Betracht kommen, bei den Gemeindevahlen sei eben nur das Gemeindeprogramm maßgebend. Deshalb könnte man auch mit den Socialdemokraten bei den Gemeindevahlen zusammengehen. Dies sei aber nicht ausführbar, da die Socialdemokraten ein Zusammengehen ablehnen. Dagegen können die Nationalsozialen mit dem linken Flügel der Freisinnigen zusammengehen, wenn diese auch betreffs der Militär- und Marinefragen von den Nationalsozialen abweichen. — Die Wahlen sind also bereit, mit allem und jedem zusammenzugehen, nur nicht mit den Socialdemokraten. Wer erbarnt sich ihrer Liebe? „Wir laufen allen nach!“

Gravur Haag riet freilich, daß man die Socialdemokraten unterfuchen müsse. — Oberlehrer Dr. Sandrock (Weißheiden bei Rastow) bezeichnet es als unzulässig, die Politik in die Gemeindevahlen zu tragen. Man dürfe nicht einen Mann wegen seiner politischen Parteigebundenheit wählen. Deshalb dürfe man auch keinen Socialdemokraten bei den Gemeindevahlen unterfuchen. Die Socialdemokraten haben für Gemeindevahlen im allgemeinen ein zu geringes Interesse. Dies habe wieder einmal die kurze Behandlung der Wohnungsfrage auf dem Lübecker Parteitag bewiesen. — Kaufmann Bohmann-Hohenasper: Er halte es für unklug, mit der radikalsten Forderung: Abschaffung aller indirekten Steuern vor die Gemeindevähler zu treten. Historiograph Tischendorf ist der Meinung, daß der Zolltarif nicht in die Gemeindevahlen gehöre. Da die Socialdemokraten als politische Partei in den Gemeindevahlen nicht wirken wollen, so wolle er nicht gegen die Unterfuchung der Socialdemokraten etwas sagen, er möchte aber auch nicht die Unterfuchung direkt befürworten. — v. Gerlach-Berlin: Er sei doch der Meinung, daß, wo es irgend angehe, auch in den Gemeindevahlen gegen den Zolltarif protestiert werden müsse. Es giebt sicherlich keine Meinung in der Welt, die nicht in der nationalsozialen Gesellschaft vertreten wird. Sie ist der Sammelort aller Unklaren und Ueberflüssigen. —

In der Schlußsitzung am Mittwoch hielt Pfarrer Kaumann einen Vortrag über den Niedergang des Liberalismus in Deutschland. Eine Neugeburt desselben könne nur zu Stande kommen durch ein Zusammenwirken der sozialistischen Bernsteinianer, der sozialreformistischen Kreise und freisinnigen Demokraten sowie der Nationalsozialen gegenüber der von den politischen und wirtschaftlichen Weltanschauungen des Bundes der Landwirte beeinflussten Vereinigung der Konservativen und Nationalliberalen. — Der Mann hat eine unsterbliche Phantasie! —

Die Vorgänge auf der „Gazelle“. Das „Vollblatt“ in Halle erzählt über diese Angelegenheit folgende Nachrichten, deren Richtigkeit ihm verbürgt sein sollen: Durch den ungemein strengen Dienst, den Kapitän Reigle vorschrieb und der den an Bord befindlichen Mannschaften jede freie Stunde raubte, wurden die Mannschaften stark erregt. Auch die Besatzung soll nicht den Anforderungen entsprochen haben. Der Kreuzer „Gazelle“ ist erst vor wenigen Monaten wieder in Dienst gestellt worden und zwar mit algerischen Mannschaften, die in China gewesen waren. Vor etwa zehn Wochen kam die Erregung der Mannschaften dadurch zum Ausdruck, daß Verschlußstücke und andre Geschützteile über Bord geworfen wurden und der Kapitän morgens in seiner Kajüte auf dem Tisch ein offenes Schreiben fand, in welchem er aufgefordert wurde, den Dienst weniger streng zu gestalten, andernfalls würde er in See geworfen werden. Wie dieser Brief in die Kajüte gekommen ist, konnte nicht aufgeklärt werden. Die Posten, denen die strenge Bewachung der Zugänge zur Kajüte anvertraut war, vermochten keinerlei Auskunft zu geben. Es wurden sofort zehn bis zwölf Mann in Untersuchungshaft genommen. Mehrere der Verhafteten, die fast ausnahmslos ausgedient hatten und vor ihrer Entlassung zur Reserve standen, sind wieder freigelassen worden; acht hien dagegen noch in Haft. Die Untersuchung wird mit großem Eifer betrieben, hat aber bis jetzt zu keinerlei greifbarem Ergebnis geführt, so daß die Vermutung berechtigt ist, man habe sich in den Personen der Verhafteten vergriffen und Unschuldige festgenommen. Die Besatzung der „Gazelle“ besteht aus 200 Mann.

Eine weitere Nachricht besagt: In Kiel wird erzählt, daß gegen die strenge Disziplin unter der Schiffsbesatzung starke Bewegung herrsche. Auf einer Thür der „Gazelle“ war geschrieben:

Reigle, Reigle hüte Dich,
Kreuzst Du den Fall Krossig nicht? —

Typhus-Epidemie. Aus Essen wird uns geschrieben: Die im Bochumer Bezirk grassierende Seuche nimmt trotz der letzten Beschwichtigungsversuche noch an Ausdehnung zu. Einzelne Orte erhielten bereits das Aussehen eines großen Krankenhanfes, sogar Schulen und Amtszimmer mußten für Unterbringung der Kranken zur Verfügung gestellt werden. Nun steht die dörrartige Krankheit auch bereits vor den Thoren der Stadt Essen. Im nahe gelegenen Aray und Rothhausen sind bereits zahlreiche Erkrankungsfälle konstatiert. Verhülligerweise hat man noch nicht daran gedacht, das Statistisches eine Karte in Steele zu verbieten, dagegen ist bereits in Erwägung gezogen, „im Interesse der Sicherheit“ Versammlungen zu verbieten. In Essen selbst ist auch bereits die Salbung der Schulen bei weiterem Vordringen der Seuche in Aussicht genommen. —

Majestätsbeleidigungs-Prozess. Aus Halle a. S. wird berichtet: Der bereits 22 mal, darunter auch wegen Majestätsbeleidigung mit 9 Monaten Gefängnis vorbestraute Dachdecker Julius Gustav Rutz von hier trat am 3. September auf der Straße zu einem Polizeibeamten heran und äußerte eine Beleidigung über den deutschen Kaiser. Als der Beamte dem Ruzer entgegengetreten, ob er denn krank sei, er solle doch machen, daß er weg komme und nicht solche Kränkungen thun, wiederholte der Angeklagte die Kränkungen so oft, bis er von dem Sergeanten festgenommen wurde. Bei der Voruntersuchung hatte der Angeklagte ruhig zugegeben, daß er die Kränkungen gethan, um Oddach zu bekommen. Auch heute erklärte er sofort am Beginn der Verhandlung, die Sergeanten brauchen gar nicht als Zeugen vernommen zu werden, ich räume alles ein. Die Verhandlung wurde wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt und hatte das Ergebnis, daß der Angeklagte zu einem Jahre Gefängnis verurteilt wurde. In der Urteilsbegründung hieß es, daß der Angeklagte im vorliegenden Fall ganz dieselbe Kränkungen über den Kaiser gethan, die er damals, als er zu neun Monaten Gefängnis verurteilt wurde, gethan habe. Das sei frivol und es sei deshalb das Strafmaß erhöht worden. Der Angeklagte nahm die Strafe an.

Eine Heilige-Komödie.

Aus Eberfeld wird uns vom 1. Oktober geschrieben: Der hiesige Verschönerungsverein schenkte der Stadt einen Monumentalbrunnen, mit dessen Aufstellung man vor wenigen Wochen auf dem Neumarkt begonnen hatte. Wie bei allen derartigen Werken, vorausgesetzt, daß sie nicht im ultramontanen Machen zur Aufstellung kommen, waren die dargestellten menschlichen Figuren unbeliebt und entbehrten Heiligener Freigeblichkeit. Letzterer Umstand nun brachte einige ultramontane Heiliglinge in Harnisch, und das ultramontane Kolonialblatt machte sich in einem salbungsvollen Artikel für deren Sprachrohr. Und das Blamable geschah! Als eines schönen Morgens die Halle von dem noch unfertigen Brunnen entfernt war, sahen die Eberfelder, daß der vom Reptum mit dem Dreizack gekrönte Brunnen nicht

mehr unsittlich war. Nur noch höhere geschlechtslose Wesen waren übrig geblieben. Diese ästhetische Humenheit rief natürlich den Spott aller vernünftigen Menschen hervor, und die lastrierten Kunstwerke wurden weiblich angestaunt. Der Brunnen erhebt sich angefaßt der Front des imposanten Rathausesbaues, und auch dieser Umstand gab zu Deutungen Anlaß, als ob die Initiative zu der Versammlung vom Oberhaupt des Rathauses selbst ausgegangen sei.

Wie erstaunte aber alle diejenigen, die da Augen haben zu sehen, als heute morgen einige der lastrierten Figuren wieder in die Reihe des männlichen Geschlechts eingerückt waren. In den andern Figuren wurde der Wiedergeburtprozess noch vollzogen, indem der Künstler, halb verdeckt durch einen Vorhang, den Reihel führte und das Beschlechte wieder künstlerisch heranzubereitete. Jetzt wurde der Brunnen natürlich erst recht angestaunt. Durch die Zeitungsberichte aufmerksam gemacht, fand sich Jung und Alt zu Kritik ein und diese Kritik war für die lastrationslästern Humen nicht schmeichelhaft. Oberbürgermeister Junck aber fühlte sich heute genötigt, in der Stadtverordneten-Sitzung zu erklären, daß er nicht die Anordnung zu jenen Abänderungen gegeben habe, sondern daß die Baubeamten selbst infolge ihnen zu Ohren gelommener Klagen über anstößige Darstellungen den ausübenden Künstler zur Abänderung veranlaßt hätten; er verwahre sich dagegen, daß die Stadtverwaltung von Eberfeld oder er persönlich in Bezug auf die Kunst und künstlerische Darstellungen jemals einer gewissen Richtung Vorschub leisten könnte, welche Kunstwerke nur durch die trübe Brille einer präden Pfendostittlichkeit zu betrachten vermag und der darstellenden Kunst andre Befehle als die der Natürlichkeit und Schönheit aufzuerlegen bestrebt ist.

Von den ultramontanen Stadtverordneten ergriff keiner das Wort, um die bedrohte Sittlichkeit zu retten. Vielleicht ist selbst ihnen dieser Heilige-Musik etwas zu toll geworden. —

Ausland.

Neue Unruhen in China.

Die Schreckensherrschaft, welche die vereinigten Boyerjäger in China vernichteten, mußte naturgemäß zu neuen Ausbrüchen der Volksleidenschaft führen. Daß diese frechen Chinesen selbst durch die deutsche Ordensdecoration eines ihrer Prinzen sich nicht beruhigen lassen und in dem bunten Metallstück keine Sühne für verübtes Unrecht und Zehntausende niedergemetzelter Menschen erkennen wollten — das will unsern Gutgesinnten natürlich nicht in den Kopf. Nach dem Kotau vor dem Prinzen Schun kommt zur Abwechslung wieder einmal das Akakium an die Reihe.

Im übrigen bleibt abzuwarten, ob die englischen Alarmprogramme nicht wieder eitel Humpung sind. Jedenfalls wird Graf Hilow jetzt nicht wieder in die plump gestellte Falle gehen und China China sein lassen. Man hat genug an der ersten Blut- und Gutfarce!

Charakteristischerweise handelt es sich wieder um einen Angriff auf eine deutsche Mission. Deutschland ist nun einmal jetzt für die Chinesen bezeichnenderweise der Erbfeind.

Ueber die Angelegenheit meldet der sehr unzuverlässige „Daily Mail“ aus Hongkong:

Der Vorstand der Station Lokon, 80 Meilen nördlich von Peking, Antter, ist zu Pferde nach Tschunglod entkommen. Die Aufständischen, mehrere tausend an Zahl, haben, nachdem sie die Mission in Brand gesteckt hatten, die Stadt Tschunglod angegriffen, sind aber unter Verlust von 10 Toten und 4 Gefangenen zurückgeschlagen worden. Hierauf haben die Aufständischen Schalsma angegriffen, sind aber ebenfalls zurückgeschlagen worden.

Eine Depesche der „Times“ aus Hongkong besagt: Die Missionare von Peking sind hier eingetroffen. Sie waren vor dem Ausbruch der Aufständischen gewarnt worden, deren Ziel die Erregung der Mandchu-Dynastie durch die Qing-Dynastie und die Ausrottung der Ausländer ist. Der deutsche Konsul in Suatou hat sofort die nötigen Maßnahmen ergriffen. Die chinesischen Behörden haben von Tschungtschuan 800 und von Weichang 700 Soldaten entsandt; man glaubt, daß es diesen gelingen wird, den Aufstand zu unterdrücken. Die Lokalbehörden und die Bevölkerung sind Missionaren gut gesinnt.

Von dem Gouverneur in Kianfschou liegen folgende Meldungen vor:

„Zeitungsberichte über erste Lage durchaus unbegründet.“
„Henshilat hat mir telegraphisch seine Wiederübernahme der Geschäfte angezeigt und die Sendung eines höheren Beamten zur Begrüßung angemeldet.“

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 2. Oktober. Auf der Tagesordnung der am 17. d. M. stattfindenden ersten Sitzung des Abgeordnetenhauses steht als erster Punkt das Budget und das Finanzgesetz für 1901.

Budapest, 2. Oktober. Die Wahlen sind bisher im ganzen Lande ruhig verlaufen. An verschiedenen Orten wurde behufs Aufrechterhaltung der Ordnung Militär in Anspruch genommen; doch ist über ein Einschreiten desselben von keiner Seite etwas gemeldet worden. In Szank Gotthard wurde Ministerpräsident von Szell einstimmig gewählt. Ferner wurden einstimmig gewählt Finanzminister Dr. v. Zulacs, Handelsminister Hegedues, Staatssekretär Franz Nagh und zahlreiche andre Liberale; ebenso die Oppositionellen Karl Eötvös und Gabriel Ugron.

Italien.

Besichtigung in Neapel.

Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Neapel: Die Kranken im Lazarett von Risida befinden sich alle etwas besser. Die 135 Personen, welche im Lazarett isoliert wurden, befinden sich ganz wohl. In San Giovanni a Teduccio ist ein verdächtiger Fall angemeldet worden. Es handelt sich wieder um einen Arbeiter, der in der Mühle beschäftigt war, die bereits wegen eines Pestfalles unter den dortigen Arbeitern geschlossen wurde. Es scheint, daß die Mühle durch Getreide infiziert worden ist, welches dorthin aus dem Frechhofen vor der Schließung desselben gebracht wurde.

England.

Irische Drohungen.

Aus Dublin wird gemeldet: In einer am Montag stattgehabten Versammlung der „United Irish League“ wurde ein Brief von William O'Brien verlesen, in welchem dieser sich entschuldigt, daß er der Versammlung nicht beizuwohnt, und weiter erklärt, die Irländer seien ein Volk, welches nur Waffen und die Schulung der Boeren brauchte, um mit derselben Verdräuntheit wie die unbesiegten Boeren-Republiken begegnen zu können, wie sehr es die englische Herrschaft habe. John Redmond hielt eine Rede, in welcher er ausführte, die Irländer hätten allen Grund, um zur Erlangung der Freiheit die Waffen zu ergreifen. —

London, 29. September. (Fig. Ver.) Die neueste Phase des südafrikanischen Krieges wird, trotz aller Devisen und Nachrichten vom Kriegsschauplatz, nicht genügend gewürdigt. Diejenigen, welche von einer Verschlechterung der Lage sprechen, haben wohl vom humanen Standpunkt aus ganz recht, denn der massenhafte Anschlag der Kapholländer an die Boeren bedeutet ohne Zweifel eine Verlängerung der Kriegsschrecken. Das ist indes nicht alles. Er bedeutet noch etwas andres: die Lokalsitten mit Lord Milner an der Spitze haben durch ihre öffentlichen Exkulationen und Verfolgungen die Kapholländer plammäßig in ihre anti-englische Stellung hineingetrieben, um England zu zwingen, mit dem Afrilandelement auch in der Kapkolonie und Natal ein Ende zu machen. Einen andern Ausgang kann die Erhebung der Kapholländer jetzt nicht haben. Der machiavellische Plan Milners ist klar genug. Die große Weh-

heit der Transvaal- und Oranjestaat-Boeren sind kampfunfähig gemacht. Die noch unter Waffen stehende Mannschaft kann entscheidende Treffen nicht mehr unternehmen. Aber damit ist die alte Macht der Lokalisten noch nicht bedrängt. Die Gelegenheit einer Befriedigung ist gegeben, denn England hat dort eine Armee von 250 000 Mann. Diese nach der Kapkolonie zu bringen, war der Plan Milners. Deshalb die Aufschüchtlung der mit ihren Stammesgenossen sympathisierenden Kapkolonisten. Gegen diese ist die Campagne jetzt gerichtet, die nun mit der Ausrottung der anti-englischen Afrikaender endigen kann. Der Ausgang wäre wahrscheinlich ein anderer, wenn diese sich vor zwei Jahren erhoben hätten. Jetzt ist's zu spät.

Das moderne Empire kann wohl einen Krieg anfangen, aber je länger er dauert, desto mehr erschöpft er die Kontrolle des Mutterlandes, um in die der Kolonialpolitik über zu gehen. Es wird jetzt nicht mehr um die Ehre Englands gekämpft, sondern wegen der Macht der Lokalisten.

Einen klaren Ausdruck dieses Gedankenganges hat die englische Presse wohlweislich nicht gegeben. An Andeutungen fehlt es indes nicht. Die nicht ganz ungläubwürdigen Berichte über Mißverständnisse zwischen Kitchener und Milner entspringen zum großen Teile den Intrigen der Lokalisten gegen Kitchener, der mit seiner Armee nicht nach der Kapkolonie, sondern zur Pacificierung von Transvaal und Oranjestaat ausgesandt wurde und seine Aufgabe in diesem Sinne ausführt. Nicht unerwähnt soll hier bleiben eine Auslassung der "Saturday Review" von gestern: "Vergangenheit wie die Fortsetzung des Krieges auch sein mag, so wird sie doch zu einem dauernden Frieden nicht wenig beitragen. Mit jedem Tage verschwindet so mancher Feind des Friedens; die rebellischen Mitglieder der Kapkolonie, die sich den Boeren angeschlossen, werden am Ende um so viel die Summe der Böshalen verkleinern; je mehr Boeren und Rebellen im Kampfe beharren, desto kleiner wird am Ende die Zahl seiner Majestät Unterthanen sein, die verräterische Gedanken gegen uns pflegen."

Das war ja im Grunde genommen auch der Zweck der Proklamtion, die vorige Woche zehn forderte. Gegen diese Verharmung werden jetzt wichtige konstitutionelle Bedenken erhoben. Man fragt sich, ob die Regierung das Recht besitzt, englische Bürger — und als solche werden die Boeren von ihr betrachtet — auf administrative Wege zu verbannen. Das geschieht wohl in Rußland, aber in England war dies bis jetzt nicht geschehen. Mr. Wagnith äußerte sich über diese Frage folgendermaßen: "Die Annahme, daß der Proklamtion Befehlsgewalt innewohnt, ist als eine irtümliche zu bezeichnen. Kein Minister dieses Landes hat das Recht, die Verbannung von Seiner Majestät Unterthanen zu dekretieren. In Wahrheit hat die Proklamtion nur die Bedeutung jener Maßregel, der Deutschland beim Schluß des deutsch-französischen Feldzuges gegen die Eschasser ergriffen hat. Die Proklamtion sagt den Boeren: Ihr habt die Wahl. Entweder unterwerft Ihr Euch bis zum festgesetzten Termin, oder Ihr müßt gewärtig sein, daß eine lokale Befehlsgewalt geschaffen wird, die Euch aus dem Lande verweist. . . . Selbstverständlich muß ein solcher Befehlsgewalt verfassungsmäßig eingerichtet und debattiert werden; er kann amendiert, angenommen oder abgelehnt werden. Aber Verbannung durch Proklamtion ist verfassungswidrig."

Afrika.

Boerenkrieg. Das "Neuterische Bureau" meldet aus Dundee den 27. September: Eine starke Boerentruppe überfiel am 26. September abends bei Onetree-Hill, wo im Jahre 1899 der erste Kampf im südafrikanischen Kriege stattgefunden hat, einen kleinen Volunteerposten. Die Volunteertruppe verteidigte sich wacker. Das heißt zu deutsch, daß sie zurückgeschlagen worden sind!

Unruhen in Französisch-Kongo. Das Antwerpener Blatt "La Métropole" meldet: Ende Juli brach in Französisch-Kongo ein Aufstand aus. 18 000 Bahuis schlossen die von 50 Europäern, meistens Belgieren, bewohnten Faktoreien am Ogowe ein. Da keine Hilfe zur Verfügung stand, wurde das französische Kanonenboot "Alcyon" zur Hilfe entsandt; dieses konnte jedoch bei dem niedrigen Wasserstande des Ogowe nicht vorwärts kommen. Anfang August gelangte nach Libreville die Nachricht, daß vier Europäer getötet seien.

Amerika.

New York, 1. Oktober. Ein Telegramm aus Willemsstad bestätigt in vollem Umfange die schwere Niederlage der Venezolaner am 14. September auf ihrem Rückzuge von La Gacha. Die columbischen Truppen griffen die Venezolaner von allen Seiten an und zerstreuten sie; die Flüchtenden wurden dann noch von Indianern überfallen.

Dem columbischen Gesandten in Washington ist telegraphisch die Nachricht zugegangen, daß in Bogota infolge der Ernennung Miguel Mendez zum Minister des Aeußern eine Kabinettskrisis ausgebrochen sei. —

Partei-Nachrichten.

Zu den sächsischen Landtagswahlen. Zu den in Zittau notwendig gewordenen Wahlmänner-Wahlwahlen erläßt das sozialdemokratische Wahlkomitee folgende Erklärung:

Zu Erwägung, daß es am sichersten ist, der Opposition zum Siege zu verhelfen, wenn unsere Wähler bei den bevorstehenden Wahlwahlen für die Wahlmänner der freisinnigen Volkspartei eintreten, fordern wir die Wähler auf, den nächststehenden Wahlmännerkandidaten ihre Stimmen zu geben; es folgen die Namen der freisinnigen Wahlmänner. Dann heißt es weiter: "Unsere Kandidaten ziehen wir hiermit zurück. Jeder Wähler wird dringend gebeten, obersiehenden Wahlmännern seine Stimme zu geben, um den Wahlrechtsverschleudern den Sieg zu entreißen."

Es handelt sich bei diesen Wahlen um Stichwahlen oder um die Ergänzung solcher Wahlen, die bei der Hauptwahl aus irgend einem formellen Grunde nicht zu stande gekommen sind.

Politikalisches, Gerichtliches u. s. w.

Der Landtagation der Sozialdemokratie werden fortgesetzt die größten Schwierigkeiten bereitet. Kürzlich fanden wieder fünf Elbinger Genossen vor dem Schöffengericht, weil sie gegen ein auf 20 Mk. lautendes Strafmandat Widerspruch erhoben hatten. Sie sollten während des Gottesdienstes Flugblätter verbreitet haben. Die Verurteilung wurde vom Schöffengericht verworfen. Der Gerichtschoß stützte sich auf das Zeugnis des Amtsvorsetzers Krüger aus Fischdorf, der die Verbreitung während der Kirche gesehen haben wollte. Die Verteilung der Flugblätter wurde als öffentlich sichtbare Arbeit charakterisiert, durch welche andre Leute in ihren religiösen Gefühlen verletzt werden konnten.

Nachmals drei Monate Gefängnis. Dortmund, 1. Oktober. Das heute verkündete Urteil wider Genossen Bredendeb wegen angeblicher Polizeibekämpfung, bezog sich durch die Presse, lautet auf 3 Monate Gefängnis. Bredendeb hatte die Verantwortung für die fragliche Rolle abgelehnt und stellte unter Beweis, daß nur durch die Verschuldung des Metteurs die betreffende Nummer der Zeitung seinen Namen als Verantwortlichen trage. Das Gericht "konstatierte" jedoch — trotzdem sei Bredendeb verantwortlich und weitere drei Monate sind seinen noch zu verbüßenden Strafen zugefügt.

Gegen Bredendeb schwebt nun noch ein Verfahren wegen Polizeibekämpfung. Lange Zeit wird unser Genosse hinter schwebenden Gardinen die Freuden eines sozialdemokratischen Redakteurs genießen.

Wegen Verbreitung sozialdemokratischer Schriften an einem Sonntag hatten sich am 26. September d. J. vor der Strafkammer in Prenzlau die Ehegattenarbeiters Spagel, Driefen, Wendt und Labadz aus Bierbrunn zu verantworten. Das Schöffengericht zu Schwedt hatte die vier Angeklagten wegen Verletzung der Ober-Präsidentenverordnung über die Heiligung des Sonntags

früher zu je 9 M. Geldstrafe verurteilt, und ihre gegen das Urteil eingelegte Berufung von seiner Zeit verworfen worden. Hiergegen hatten die Angeklagten Revision eingelegt, und das Kammergericht verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung vor die Prenzlauner Strafkammer. Diese erkannte auf Aufhebung des ersten Urteils und auf Freisprechung der vier Angeklagten, da das Verteilen der Druckschriften nur dann als Arbeit anzusehen ist, wenn es mit Anstrengung verbunden ist, was in der vorliegenden Sache nicht der Fall gewesen war.

Aus Industrie und Handel.

Die Berliner Arbeitsnachweisstatistik, die vom Centralverein für Arbeitsnachweise durch Umfrage aus 80 Arbeitsnachweisen aufgenommen wird, ergab folgendes:

Es hatten sich im Monat August 17 133 (15 136 im Juli) Arbeitsnachweiser gemeldet. Verlangt wurden 11 651 (14 277) und befehrt konnten 109 37 (11 431) Stellen werden. Auf je 100 Stellen kamen 147 (106) neue Meldungen Arbeitsnachweiser, 89 Stellen wurden von 100 befehrt.

In den einzelnen Berufen wird die Lage des Arbeitsmarktes wie folgt geschildert:

Der allgemeine Gärtnerverein giebt an, daß ältere Arbeitskräfte schwer unterzubringen sind, da nur 18- bis 22jährige verlangt werden. Zugang von auswärtigen sehr stark.

Der Metallarbeiter-Verband, Schmiede, Kupferschmiede, Former, Gewerbeverein der Metallarbeiter und Bauanschläger berichten übereinstimmend, daß die Arbeitslage bedeutend schlechter als im vorigen Monat sei.

Bei den Porzellanarbeitern war die Nachfrage lebhaft. Tapezierer und Buchbinder berichten: Bis Mitte des Monats hatte sich die ungünstige Lage wenig geändert. Am Schluß desselben macht sich bei den Tapezierern ein kleiner Aufschwung bemerkbar, da die Saison beginnt.

Holzarbeiter-Verband, Vergolder, Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter, Gewerbeverein der Holzpolierer und Ristenmacher bezeichnen die Nachfrage als flau. Nur bei den Möbelpolierern ist eine Besserung eingetreten.

Der Holzarbeiter-Verband veranstaltete am 16. August ex. eine Enquete bei den organisierten Mitgliedern. Nach Angabe der Ortsverwaltung beteiligten sich daran von 12 000 Mitgliedern in Berlin über 7000, und es konnte festgestellt werden, daß von den letzteren am 16. August ex. circa 350 arbeitslos waren. In der Zeit vom 5. Juli bis zum 15. August waren circa 1200 arbeitslos. Des ferneren wurde konstatiert, daß die Arbeitszeit infolge der flauen Konjunktur in den Betrieben bedeutend eingeschränkt wurde, ganz besonders in der Strohbranche, in welcher sie auf 40, 30 ja bis auf 20 Stunden pro Woche reduziert wurde.

Die Arbeitslage bei Tabakarbeitern ist sehr mäßig, meist Anshilfe. Bei Konditoren beginnt die Saison.

Bei den Schneidern ist in allen Branchen die Nachfrage sehr flau, außer in der Damenkonfektion, welche etwas Lebhaftigkeit aufweist. Bei den Hutmachern ist lebhaft Nachfrage nach Arbeitskräften, da die Damenhutfabrikation beginnt.

Die Bauarbeiter, Zimmerer, Maurer und Bucher geben 810 Arbeitslose an. Bei Steinlegern 20 Proz. Arbeitslose. Bei den Dachdeckern hat die Arbeitslosigkeit nachgelassen, so daß nur noch ca. 5 Proz. ohne Arbeit sind. Bei den Töpfern ist die Nachfrage in der letzten Hälfte des Monats gestiegen, so daß am Schluß desselben keine Arbeitslosen waren.

Bei den Wildhauern ist das Geschäft im Niedergang begriffen. Graveure, Ciseleure und Photographen flau. Müller etwas besser.

Im Buchdruckgewerbe ist anhaltend wenig Nachfrage. Kaufmännische Stellen werden im Verhältnis zur Zahl der Stelleninhaber nur sehr gering angeboten.

Bei den Handels- und Transportarbeitern ist der Verkehr auffallend still. Ein Teil der offenen Stellen konnte wegen zu niedrigen Lohnes nicht besetzt werden.

Im Gastwirtsgerwebe macht sich eine Stille bemerkbar, die nach Beendigung der Sommerferien eintritt. Bei Nachfrage werden nur noch junge und billige Arbeitskräfte verlangt.

Geschäftspraxis auf dem Hypothekemarkt. Wie wir bereits berichteten, kam es in der Generalversammlung der Pommerschen Hypothekendarbank zu ersten Anstritten, als dem Geh. Kommissionsrat Viman entgegengehalten wurde, er habe für die der Firma Tieg von der Bank gewährte Hypothek eine Provisionsgebühr bezogen. Entrüstet erklärte Herr Viman, er habe keine derartigen Geschäfte gemacht. Jetzt wird bekannt, daß Herr Viman mit noch einem Herrn die Summe von 3000 Mark teilte, die die Pommersche Hypothekendarbank dafür auswarf, daß Herr Viman der Firma Tieg die Pommersche Hypothekendarbank bei der Beleihung empfahl. Man kann es danach verständlich finden, wenn angenommen wurde, diese Entschädigung sei einer Provision gleich zu achten und der Untersuchungsrichter Herrn Viman als Sachverständigen ablehnte. Uebrigens ist es recht interessant, durch wieviel Hände die Geldspenden gleiten müssen, ehe derartige Geschäfte zum Abschluß kommen.

Die von der "Vossischen Zeitung" in die Presse und auch von uns übernommene Mitteilung, daß der königliche Bankinspektor Hartmann aus seinem Amte scheidet, ist unrichtig, es bezieht sich auf die Abfertigung der Pommerschen Beamten mit der Aufgabe der Hypothekendarbank-Jurisdiction zu beauftragen. Die "Vossische Zeitung" giebt über diese falsche Meldung folgende befremdliche Erklärung: "Die Nachricht hatte keinerlei andre Begründung, als daß wir der Regierung in üblicher (?) diplomatischer Weise einen Hint geben wollten, ob es wohl gerechtfertigt sei, daß der Herr in seinem Amt verbleibe."

Dieser Weg zu wählen, um der Regierung die Meinung der "Vossischen Zeitung" zu sagen, zeugt doch von einer größeren Zügellosigkeit und Feigheit der Gesinnung, als wir es bisher für möglich gehalten haben.

Ein Trakt in amerikanischen Schiffbau ist im Entstehen begriffen. Eine ganze Reihe von Vorkäufen, für welche bisher die rechte Erklärung gefehlt hat, steht mit diesem neuen gigantischen Plane in Zusammenhang; so der Ankauf der Vethlehem Steel Co., welche vorher noch die Vethlehem Iron Co. in sich aufgenommen hatte, durch den Präsidenten des Stahl-Traktes Charles R. Schwab, sowie der Ankauf der Pennsylvania Steel Co. und der Cambria Steel Co. durch die Pennsylvania-Iron-Co. Die Reorganisation der Cambria Steel Co. ist in der Weise vollzogen worden, daß diese ursprünglich mit 4 320 000 Dollar kapitalisierte Gesellschaft in eine neue Organisation, welche den Namen Commonwealth Steel Comp. führt und deren Kapital 50 000 000 Dollar beträgt, übergegangen ist, wobei gleichzeitig durch eine Neuwahl des Direktoriums die Interessen-Vertretung der Pennsylvania-Iron-Co. entsprechend zum Ausdruck kam. Der Ankauf der Vethlehem Steel Comp. durch Ch. R. Schwab hat zu einer ganzen Reihe von Gerüchten Anlaß gegeben, von welchen sich am hartnäckigsten jenes erhalten hat, Schwab beabsichtige seine Stelle als Präsident des Stahl-Traktes niederzulegen und für eigene Rechnung die Vethlehem Steel Comp. zu betreiben. Wie die Wiener "Neue Freie Presse" wissen will, waren diese beiden Transaktionen nur vorbereitende Schritte für das Zustandekommen eines neuen großen Schiffbau-Traktes, welcher von der in Cleveland ansässigen American Shipbuilding Company den Namen erhalten soll. Die Kapitalisation der Gesellschaft wird einige hundert Millionen Dollars betragen, da ausnahmslos alle großen und auch einige der kleinen Schiffbaufirmen in dieser neuen Gründung aufgehen sollen. Auch hier soll durch die Kontingentierung der Arbeits- und der Abgabengebiete mit möglichst geringen Kosten subviniert werden. Die Angliederung dieses neuen Traktes an die United States Steel Comp. kommt schon in der Weise zum Ausdruck, daß die Finanzierung desselben durch das Haus Morgan besorgt werden wird.

Kommunales.

Der städtische Wohnungsausschuß hatte gestern seine erste Sitzung nach den Ferien. Man trat zunächst in die Beratung des letzten von unsren Vertretern gestellten Antrages ein, durch welchen die Grundsteuer-Deckung vom 2. Januar 1897 aufgehoben und an deren Stelle eine Besteuerung der bebauten und unbebauten Grundstücke nach dem gemeinen Wert eingeführt werden soll. Jetzt wird in Berlin, wie Hermann begründend anführte, die Gemeinde-Grundsteuer erhoben nach dem Nutzungswert der stenerpflichtigen Grundstücke und der darauf befindlichen Baulichkeiten. Infolge dieses Veranlagungsmaßstabes bleiben, nachdem im Jahre 1896 die kurz vorher eingeführte Danplahene wieder aufgehoben werden mußte, alle Baupläge, da sie keinen oder nur geringen Nutzungswert haben, von der Gemeinde-Grundsteuer ganz oder fast ganz frei, und auf der andern Seite werden die Häuser mit kleinen Wohnungen durch die jetzige Steuer außerordentlich schwer belastet. Diese Häuser haben nämlich, wie vom Rheinischen Verein zur Förderung des Arbeiter-Wohnungswesens in einwandsfreier Weise festgestellt ist, aus bestimmten Gründen sehr hohe Nutzungswerte im Verhältnis zu ihren Verkaufswerten. Da die Grundsteuer nun aber eine indirekte Steuer ist, die von den Wirten nur vorgeschossen, in Wahrheit aber im Mietzins von den Mietern gezahlt wird, so wirkt die jetzige Grundsteuer insbesondere bei den kleineren Wohnungen als ein mietssteigernder Faktor. Die Einführung einer Steuer nach dem gemeinen Wert, deren Veranlagung auch einfacher ist als der bisherige Veranlagungsmodus, würde diese Uebelstände beseitigen und überdies dazu führen, daß die Baupläne schneller als bisher der Bebauung erschlossen werden. Die nach dem Verkaufswert des Bauplats veranlagte Steuer würde nämlich bald den betreffenden Besitzern recht fühlbar werden. Eine Steuer nach dem gemeinen Wert wird außer in den Berliner Vororten erhoben in Köln, Charlottenburg, Mühlheim a. Rh., Eberswalde, Breslau, Neusalz, Raumburg, Kiel, Reddinghausen, Oberhausen, Wachen, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Elberfeld, Essen, Götting u. a. und hat sich überall gut bewährt.

In der ausgebehaltenen Debatte, die sich angeschlossen, wurden zunächst von einem der Magistratsvertreter eine Reihe von technischen Bedenken erhoben, aber zugegeben, daß der jetzige Zustand, nach welchem die unbebauten Grundstücke von jeder Steuer befreit sind, ein unerwünschter und ungerechter ist. Von den nachfolgenden Rednern traten drei den Ausführungen unsrer Vertreter durchaus bei, die Mehrheit aber glaubte an dem jetzigen Zustande, der ja schon seit längerer Zeit bestände, nicht ändern zu sollen. Da die Herren aber zugeben mußten, daß die Freilassung der unbebauten Grundstücke von jeglicher Steuer ein traffe Unrechtsgleichheit darstelle, so wählten sie ihr Gewissen, indem sie nach Ablehnung des von unsren Vertretern gestellten Antrages, die mit 7 gegen 5 Stimmen erfolgte, die nachstehende Resolution zur Annahme brachten:

"Die Versammlung ersucht den Magistrat, in Erwägung zu ziehen, daß die unbebauten Grundstücke in wirksamer Weise als bisher, vielleicht im Wege der Versteuerung nach dem gemeinen Wert, zur Steuer herangezogen werden."

Die Beratungen des städtischen Wohnungsausschusses sind damit, soweit die von unsren Genossen gestellten prinzipiellen Anträge in Frage kommen, zunächst zu Ende gelangt. Ueberblickt man, was im Laufe der lang ausgehaltenen Verhandlungen beschlossen wurde, so ist das Ergebnis geradezu lässlich. Man hat die König Friedrich-Stiftung errichtet, die belohnungsmäßig mit 1 Million Mark ausgestattet ist und deren bereite Mittel zur Verringerung der Wohnungsnot in Berlin Verwendung finden sollen. Man hat den Magistrat ersucht, mit gemeinnützigen Bauvereinigungen für die Herstellung gesunder kleiner Wohnungen in Verbindung zu treten. Man hat im schroffen Widerspruch zu den Wünschen der Beteiligten die Errichtung von Wohnhäusern für die städtischen Angestellten und Beamten beschlossen und schließlich die oben mitgeteilte nichtsfagende Resolution zur Annahme gebracht.

So ist die Wohnungspolitik der größten und reichsten Kommune Deutschlands beschaffen. Und das angesichts der Thatsachen, daß am 1. Januar d. J. die leerstehenden Wohnungen kaum 2 pro Mille ausmachten, daß die private Bauhätigkeit mehr und mehr verjagt und daß als Folge davon die Mietpreise eine Höhe erreicht haben, die der dritten Schichten der Bevölkerung selbst in Zeiten guter Arbeitslage die schwersten Lasten auflagt, die aber in Zeiten gewerblichen Niederganges, wie wir sie jetzt haben, kaum noch erträglich ist. Soweit das auf dem Boden des Dreiklassen-Verhältnisses möglich ist, werden hoffentlich die Stadtverordneten-Erwahlungen im Herbst der freisinnigen Majorität die deutliche Antwort auf ihre Beschlässe geben.

Aus der Frauenbewegung.

Der Allgemeine deutsche Frauenverein hat auf seiner in Gießen gegenwärtig tagenden Generalversammlung eine Statutenänderung beschlossen, nach der das Programm des Vereins in Zukunft lauten soll: a) Befreiung der Berufsarbeit der Frau von allen ihrer Entfaltung entgegenstehenden Hindernissen, b) Belebung des Interesses für hauswirtschaftliche und gewerbliche, wissenschaftliche und künstlerische Berufsbildung des weiblichen Geschlechts, c) Förderung der thätigen Anteilnahme der Frauen an den kulturellen und sozialen Arbeiten unsrer Zeit, d) Förderung der Rechte der Frau im privaten und öffentlichen Leben."

Die norwegischen Frauen und das Wahlrecht.

Die proletarischen Frauen Norwegens bereiten sich aufs eifrigste für die in diesem Herbst stattfindenden Gemeindevahlen vor. Sie sind der Ansicht, daß sie das neu erworbene Wahlrecht am besten dadurch ausnützen, daß sie gemeinsam mit der Sozialdemokratie in den Wahlkampf treten. Sie wissen, was sie wollen. Dagegen herrscht bei den bürgerlichen Frauen große Verwirrung. Sie wollen sich keiner Partei anschließen und stellen eigene "Frauenlisten" auf, auf denen freilich, weil es recht oft an geeigneten Damen fehlt, häufig auch Männernamen mit aufgeführt sind. Die bürgerlichen Frauen wollen vor allem "unparteiisch" sein. Ihre Gewählten sollen gleichsam als Friedensengel in die Gemeindevereinigungen einziehen und den Kampf der Parteien ein Ende machen. Welche Gefahren in dieser Stellungnahme der Damen für sie liegt, das ist den bürgerlichen Parteien bereits klar geworden. Die Konservativen sind bekanntlich seiner Zeit für das Frauen-Wahlrecht eingetreten, weil sie darin ein Gegengewicht gegen das allgemeine Männer-Wahlrecht zu finden hofften. Nun sehen sie, wie sie sich verrechnet haben und beschwören die Frauen ihrer Klasse, doch ja von ihrem gefährlichen Thun abzulassen, weil sonst die Sozialdemokraten zur Herrschaft gelangen.

"Die Sozialisten", schreibt "Aftenposten", "stehen nun ihrem die Gesellschaft verwüstenden Ziele näher, als je zuvor. Der Kampf gegen die Sozialisten ist der springende Punkt bei den kommenden Wahlen. Nun ist nicht Zeit, um unpolitische Vereine zu bilden. Das einzige, was man damit erreicht, ist Zersplitterung und Niederlage für die Partei, an deren Fortschritt man interessiert ist. Die sozialdemokratischen Frauen sind sich darüber vollkommen klar. Das konnte man auf der Versammlung hören, die sie diesen Sommer abhielten, wo sie auf das bestimmteste von der Bildung eines unpolitischen Vereins Abstand nahmen. Da lehrte bei allen Rednerinnen der Gedanke wieder: Wir haben gar keine Ursache, unsre Stimmen an "unpolitische" Experimente zu verschwenden, jede einzelne von uns stimmt für die Arbeiterpartei (Sozialdemokratie). Wir wollen unsre Macht aufs äußerste ausnützen, um unsre Interessen zu fördern."

Wie man sieht, stellt das konservative Organ den norwegischen Arbeiterfrauen das beste Zeugnis politischer Reife aus, während es den Damen der sogenannten "gebildeten" Stände vergeblich ihre Dummheiten vorhält. Die Hoffnung, die Frauen der Reaktion dienlich zu machen, ist also gescheitert.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung Schuhmacher! Die Einleister der Filzschuhfabrik von Schweizer, Gleimstr. 17, haben wegen Lohnunterschieden, die anlässlich eines neu eingeführten Artikels entstanden sind, die Arbeit niedergelegt.

An die organisierte Arbeiterschaft Nordosts! Arbeiter, Parteigenossen! Die Organisation der Barbier kämpft einen schmerzlichen Existenzkampf, da die Selbständigen durch Hingabe jüngerer unangelernter Arbeitskräfte unsere vor dem Einigungsamt anerkannte und von den Selbständigen unterschriebenen Forderungen illusorisch machen wollen. Wir richten nun an die organisierte Arbeiterschaft die Bitte, nur solche Geschäfte in Anspruch zu nehmen, wo organisierte Arbeiter beschäftigt sind. Die richtige Abstempelung der Kontrollkarte (augenblicklich die 40. Woche) bürgt hierfür. Die Geschäftsinhaber, welche trotz ihrer Unterschrift unsere Forderungen unbeachtet lassen, werden jeden Sonnabend bekannt gemacht.

Über folgende Geschäfte ist die Sperre aufgehoben, da hier die Zustände geregelt sind:
Kaffa, Erstr. 5; Rischat, Berlinerstr. 79; Schäfer, Steinwegstr. 119.
Die Lohnkommission. J. A. Val. Frohner.

Deutsches Reich.

Die Weber in Gera sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie haben einen allgemeinen Lohnratz aufgestellt, der den Fabrikanten vorgelegt werden soll mit dem Ersuchen, daß letztere sich bis zum 15. Oktober darüber äußern. Als Mindestlohn verlangen die Weber 8 M. pro Tag, einen Zuschlag von 10 Proz. bei Accordarbeiten und Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit.

In der Hellenhauerei von Mummhoff u. Stegemann in Vochum haben die Scheiter wegen Lohnunterschieden gelündigt; sie eruchen um Fernhalten des Zugangs.

Bei der Gewerbeprüfungswahl in Dahnau (Sachsen), die am Montag stattfand, wurden die vom Gewerkschaftskomitee aufgestellten Arbeitnehmer gewählt. Gegenkandidaten waren nicht vorhanden.

Russland.

Zum Vergarbeiter-Streit in Belgien. Aus Brüssel wird uns geschrieben: Der nationale Kongreß der Vergarbeiter, vereinigt in Glib, verwarf den allgemeinen Streik, erklärte aber, daß er die Forderung der Löhner Vergarbeiter billige und diesen Streik unterstützen werde. Der Kongreß beschloß weiter, die Organisationen auszubreiten und zu verbessern, um den Achtstundentag zu erringen und die Ueberproduktion zu beseitigen. — Der Streik in dem Lütticher Revier breitet sich nur langsam aus.

Bekanntlich hat die provinzielle Organisation der Vergarbeiter des Lütticher Reviers, die 10 500 Mitglieder zählt, den Streik beschlossen, um sich gegen eine Lohnherabsetzung von 5 Proz. zu wehren. Nach den bis jetzt eingelaufenen Meldungen sind 5000 Arbeiter an dem Lütticher Streik beteiligt.

Die französischen Vergleute beabsichtigen, wie schon mehrfach mitgeteilt, die verschiedenen Reformen eventuell durch den Generalstreik zu erzwingen. Es handelt sich um die Einführung des Achtstundentags in den Bergwerken und um die Gewährung einer Rente von täglich 2 Fr. für alle Vergleute nach 25jähriger Tätigkeit. Zur Zeit werden in den verschiedenen Kohlengebieten die Abstimmungen vorgenommen, am 15. Oktober sollen dieselben beendet sein und, falls Regierung und Kammer die oben bezeichneten Forderungen nicht bewilligen, soll am 1. November der Generalstreik erklärt werden. Am vergangenen Sonntag sind nun die Vergleute des Pas de Calais zusammengetreten, um zu diesen Fragen Stellung zu nehmen. Der Entscheid dieses Distrikts ist von besonderer Wichtigkeit, weil die Idee des Generalstreiks im Norden unter den Vergleuten ebenso wie unter andern Arbeitern nur wenige Anhänger hat. Der Kongreß, der von 121 Delegierten besetzt war, hat sich dafür ausgesprochen, den Beschlüssen des allgemeinen Kongresses gemäß die Abstimmung vorzunehmen, dieselbe findet am 13. Oktober statt. Viel Stimmung scheint indes für den Generalstreik nicht vorhanden gewesen zu sein, denn es wurde dem Delegierten dieses Gebietes beim Nationalkomitee aufgetragen, bei diesem zu beantragen, daß der Generalstreik wohl vorbereitet, aber verschoben werde; es soll so Regierung und Kammer mehr Zeit gegeben werden, den Wünschen der Vergleute Rechnung zu tragen.

Unter den Landarbeitern in Dänemark sucht der Christliche dänische Gesamtverband (Innere Mission) Propaganda zu machen auf Grund eines Programms, dessen soziale Forderungen in der Hauptsache mit den vom sozialdemokratischen Arbeitsmanns-Verband vertretenen Forderungen übereinstimmen. — Einige Jahre lang hat die Innere Mission den vergeblichen Versuch gemacht, Persplitterung in die Reihen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der Städte zu tragen und hat damit natürlich die volle Sympathie der Arbeitgeber erworben. Nun aber, wo die Innere Mission Fachvereine der Landarbeiter gründen und deren wirtschaftliche Lage verbessern will, wird sie von der Arbeitgeber-Presse aufs heftigste angegriffen.

Sociales.

Entwurf eines Gesetzes betreffend die Sicherung von Bauforderungen. Nachdem der im Dezember 1897 veröffentlichte Entwurf eines Reichsgesetzes betreffend die Sicherung der Bauforderungen von neuem einer Beratung durch eine aus Vertretern der Reichsämter der Justiz und des Innern sowie des preussischen Staatsministeriums zusammengesetzte Kommission unterzogen worden ist, hat das preussische Staatsministerium beschlossen, den aus den Beratungen dieser Kommission hervorgegangenen Entwurf demnächst zu veröffentlichen. Als Vorlauf des § 1 dieses Entwurfs wird mitgeteilt: „Durch landesherrliche Verordnung kann angeordnet werden, daß für einzelne Gemeinden im Falle der Errichtung eines Neubaus eine Sicherung der Bauforderungen nach den Vorschriften dieses Gesetzes stattfindet. Die Sicherung erfolgt durch Eintragung einer Hypothek (Baupfandbrief) und, soweit die der Baupfandbrief vorhergehenden Belastungen den Baupfandwert übersteigen, durch Hinterlegung von Geld oder Wertpapieren.“

Der Konsumverein „Produktion“ in Hamburg hat jetzt bereits, wie in seiner letzten Generalversammlung am 30. September berichtet wurde, über 10 000 Mitglieder und wird demnächst die 21. Verkaufsstelle errichten. Die rasche Entwicklung des Vereins ergibt sich daraus, daß der Umsatz im Juni 1900 sich auf 385 000 M. und im Juni 1901 auf 784 000 M. belief. An Geschäften zählte der Verein im ersten Halbjahr 1901 fast 49 000 M.

In einem Kampfe um die Altersversicherung befinden sich zur Zeit unsere österreichischen Parteigenossen. Sie führen den Kampf zunächst durch öffentliche Agitation in Volksversammlungen und werden in demnächst auf ihrem Parteitag darüber verhandeln. Am Montag haben in Wien wieder 16 Volksversammlungen stattgefunden, in denen eine Resolution votiert wurde, die nach längerer Einleitung folgende Forderungen stellt:

1. Gesetzliche Parfüge für alle gegen Lohn und Gehalt beschäftigten Personen (Arbeiter, Beamte, Dienstboten in Industrie und Gewerbe, Bergbau, Land- und Forstwirtschaft, Handel und Transport, Hausindustrie, freien und öffentlichen Berufen) sowie für Kleinwerdende und Kleinbauern durch Ausdehnung der Kranken- und Unfallversicherung auf dieselben, durch Einführung der obligatorischen Alters- und Invalidenversicherung und der Witwen- und Waisenversorgung.
2. Gewährung vorübergehender Unterstützungen und dauernder Renten in ausreichender Höhe in möglichstster Anpassung an das

Arbeitseinkommen der Versicherten unter Statuierung eines Existenzminimums. Bei der Invalidenversicherung, Witwen- und Waisenversorgung ist, wie bei der bestehenden obligatorischen Kranken- und Unfallversicherung, von der Einführung einer Karenzfrist abzusehen.

3. Ausgiebige Beitragsleistung durch den Staat, ohne die weder Invaliditäts- und Altersversicherung noch Witwen- und Waisenversorgung durchführbar sind. Was bisher für Privatbahnen und Schiffahrtsgesellschaften, für mächtige Industriezweige und kapitalträchtige Bevölkerungsschichten geschehen ist, muß endlich der gesamten arbeitenden Bevölkerung zu teil werden.

4. Sicherung der erworbenen Ansprüche bei eintretender Arbeitslosigkeit, entweder durch Schaffung eines eignen Fonds zur Zahlung der Beiträge oder angemessene Erhöhung der laufenden Prämien.

5. Schaffung einer einheitlichen und einfachen, den Zwecken der Versicherung entsprechenden Organisation, für die eine weitgehende Selbstverwaltung durch die Versicherten die grundlegende Bedingung ist. Das Ziel dieser neuen einheitlichen Reorganisation des Versicherungswesens soll sein, daß die Grundlage örtliche Kassen bilden, die bei vorübergehender Erwerbsunfähigkeit Unterstützungen gewähren, während sie, zu territorialen Kassenverbänden vereinigt, die dauernden Renten bei der Invaliditäts- und Altersversicherung, bei der Witwen- und Waisenversorgung sichern. Die Versicherten wählen ihre Vertreter auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes. Die Altersversicherung sowie die Vereinheitlichung und Zusammenfassung des ganzen Versicherungsgebietes hat durch einen Reichsverband und durch die Errichtung eines Reichs-Versicherungsamtes zu erfolgen.

6. Gewährung weitgehenden Einflusses an die Versicherungsinstitute bei Erlassung von Verordnungen zur Verhütung von Betriebsunfällen und Berufsfrankheiten; ebenso Teilnahme dieser Institute an der Ueberwachung der Fabriken, Werkstätten und Arbeitsplätze.

Versammlungen.

Eine gutbesuchte Volksversammlung, einberufen von den Vertrauensleuten des zweiten Wahlkreises, tagte am Dienstag in der Berliner Volksbühne. Reichsrats-Abgeordneter Dr. E. Bernerstorfer-Wien sprach über die Arbeiterbewegung in Oesterreich. In seinem überaus fesselnden, fast zweistündigen Vortrage schilderte Bernerstorfer die politischen Zustände in Oesterreich und deren Ursachen, die Entwicklung der Arbeiterbewegung, ihre Kämpfe und ihre Erfolge. Das geschichtliche Bild, welches der Referent über die österreichischen Verhältnisse entrollte, ähnelte, wenigstens in seinen Grundzügen, vielfach dem der deutschen Arbeiterbewegung. Dort wie hier eine geeinigte Reaktion im Besitze aller Machtmittel, die, unterstützt von der Regierung, emsig bemüht ist, das vorwärtstrebende Proletariat niederzuhalten. Die sich sonst schroff gegenüber stehenden politischen oder wirtschaftlichen Interessengruppen sind sich sofort einig, wenn es gilt, gegen die Arbeiterbewegung vorzugehen. Dort wie hier eine Verfassung, die in ihren Grundzügen den Staatsangehörigen weitgehendste Rechte und Freiheiten verbürgt, die aber in der Praxis nicht beibehalten werden dürfen. Und das österreichische liberale Bürgertum hat genau so wie das deutsche, längst seine Ideale vergessen und nichts gelbt, um dem Recht und der Freiheit zum Siege zu verhelfen. Nur die Sozialdemokratie ist es, die nach wie vor mit Mut und Kraft für ihr Ideal, die Befreiung der Menschheit aus der ökonomischen und politischen Sklaverei kämpft trotz den Brutalität und den Verfolgungen, die seitens der herrschenden Gewalten erlitten werden. Der Redner erläuterte sehr eingehend die verschiedenen Schwierigkeiten, mit denen speziell die österreichischen Genossen zu rechnen haben: Die jahrhundertelange geistige und politische Unterdrückung des Volkes, die nationale Gestaltung des österreichischen Staates und der Umstand, daß die Industriebesitzung in einzelnen Landesteilen sehr gering ist. Außerdem aber ist es die widerrechtliche Beschränkung der Pressefreiheit und des Versammlungrechtes und die Rechtsunsicherheit überhaupt, womit unsere Genossen viel Schwierigkeiten verurteilt werden. Nachdem der Referent das komplizierte, für die Arbeiter recht ungünstige Wahlsystem beleuchtet, schilderte er die Erfolge, welche die Sozialdemokratie trotz aller Schwierigkeiten und trotz der schamlosen Kampfmethode der Gegner erzielt hat. Die Sozialdemokratie in Oesterreich wird in ihrem schweren Kampfe nicht erlahmen, sie wird, so führte der Redner an, sich nicht abspalten lassen mit einigen Reformen, sondern sie wird, weil sie weiß, daß nur durch die Beseitigung der sozialkapitalistischen Gesellschaftsordnung die Befreiung der Menschheit ermöglicht wird, unermüdet nach dem Vorbilde der deutschen Sozialdemokratie tätig sein, und wenn auch mühsam, Stufe um Stufe in das harte Festein hauen, bis das hehre Ziel erreicht ist. — Stürmischer, langanhaltender Beifall folgte den Ausführungen des Referenten.

Reichstags-Abgeordneter R. Fischer sprach im Namen der Versammlung und unter deren lebhafter Zustimmung dem Genossen Bernerstorfer den Dank für den belehrenden Vortrag aus und wies darauf hin, daß die deutsche Reaktion, das deutsche Junkertum, die deutsche Regierung keineswegs besser sei und die österreichischen Genossen durchaus keine Ursache hätten, sich nach einer Europaisierung nach deutschem Muster zu sehnen. Die deutsche Bourgeoisie ist genau so schlecht und gewaltthätig und steht auf einem ebenso niedrigen, rückständigen Vorstadium, wobei unsere Parteigenossen die brutalste Behandlung zu teil wurde und wie auch noch gegenwärtig das Vereins- und Versammlungrecht und die Redefreiheit in ganz willkürlicher Weise, namentlich in Sachsen und Weimar, beschränkt wird. Auch die deutsche Sozialdemokratie hat von den österreichischen Genossen gelernt und ihre Aufgabe wird es sein, die errungene Stellung zu erhalten und durch energischen Kampf die Partei noch mächtiger zu gestalten.

Nachdem der Vorsitzende, Genosse Scholz, noch bekannt gegeben, daß am 18. Oktober eine Flugblattverbreitung stattfindet und zum Unterzeichnen der Petitionsschriften gegen den Dromwacher aufgefordert wurde, wurde die Versammlung mit begeisterten Hochrufen auf die internationale Sozialdemokratie und auf den Genossen Bernerstorfer geschlossen.

Der Kongreß der Fensterputzer Deutschlands

fand am 29. und 30. September in Berlin, Grünstr. 21, statt. Der Vorsitzende der organisierten Fensterputzer Berlins eröffnete die Verhandlung und verlas Begründungsschreiben von der General-Kommission der Gewerkschaften, sowie von den Kollegen in Hagen, Bremen, Braunschweig, Erfurt und Trier. Delegierte waren erschienen aus Berlin, Hamburg, Bremen und Köln, außerdem war der Vorsitzende des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, Genosse Schumann, anwesend. Er vertrat die in dem genannten Verbands organisierten Fensterputzer von Hannover, Leipzig, Breslau, Chemnitz und Elberfeld.

Als Vorsitzender des Kongresses fungierte Möller-Berlin, als Schriftführer Helmchen.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Die Lage der Fensterputzer Deutschlands, nahm zunächst Leuchter-Berlin das Wort. Er führte unter anderem aus, daß die Lohnverhältnisse in Berlin sehr traurige seien. Es währten Wochenlöhne von 18 M. gezahlt. Der höchste Lohn betrage 18 M. Hauptsächlich der Arbeitzeit herrsche die größte Willkür. Oft werde schon früh um 5 Uhr angefangen und bis 7 Uhr abends gearbeitet. Eine geregelt Arbeitszeit gebe es nicht.

Strangmann-Bremen führte aus, daß die Verhältnisse in Bremen nicht ganz so schlecht seien wie die in Berlin. Dies führte er darauf zurück, daß die Fensterputzer in Bremen bis auf den letzten Mann organisiert sind und dem Unternehmertum dadurch einigen Respekt abgedingt haben. — Weber-Hamburg stellte mit, daß in Hamburg eine Organisation der Fensterputzer

besteht, die aber noch keine Vorteile errungen habe, da sie sich erst im Anfangsstadium befinde. Die Lohnverhältnisse seien nicht so schlecht wie die der Berliner Kollegen. Der Minimallohn in Hamburg betrage 21 M., jedoch läßt die Regelung der Arbeitszeit viel zu wünschen übrig. Es herrsche eine starke Arbeitsüberbürdung.

Die genannten Redner gaben übereinstimmend der Ansicht Ausdruck, daß nur eine kräftige Organisations-Besserung in den Arbeitsverhältnissen schaffen könne.

Darauf ging man zum zweiten Punkt der Tagesordnung über: Welche Organisation ist für die Fensterputzer die beste? Möller-Berlin führte aus, daß es am zweckmäßigsten wäre, eine einheitliche Organisation sämtlicher Fensterputzer Deutschlands zu gründen. Hierüber entspann sich eine lebhafte Debatte. Der 1. Vorsitzende des Handels- und Transportarbeiter-Verbandes, Genosse Schumann empfahl den anwesenden Delegierten, sich mit ihren bestehenden Organisationen seinem Verband anzuschließen und legte die Vorteile dar, die der Anschließ an eine größere Organisation biete. Von den Delegierten aus Hamburg und Bremen wurde dieser Antrag lebhaft beklagt. Schumann erklärte darauf, daß er nicht gekommen wäre, um die Fensterputzer durchaus zum Anschluß an seine Organisation zu zwingen, sondern wenn sich dieselben auf eigene Füße stellen wollen, so würde er den Sektionen, die bis jetzt dem Verband der Handels- u. Arbeiter angehört haben, empfehlen, sich ihrer eignen Organisation anzuschließen.

Ein von den Hamburger und Bremer Delegierten gestellter Antrag, über die Gestaltung der Organisation eine Abstimmung unter den organisierten Fensterputzern vornehmen zu lassen, wurde zurückgezogen, und ein von dem Berliner Delegierten gestellter Antrag angenommen, welcher besagt: Es wird ein Zentralverband der Fensterputzer Deutschlands gegründet. Derselbe hat seinen Sitz in Berlin und tritt am 1. Januar 1902 in Tätigkeit.

Als Zentralvorsitzender wurde Möller und als Kassierer Leuchter gewählt. Daraus verließ Genosse Schumann den Kongreß, da er seine Mission für beendet betrachtete.

Bezüglich der Taktik der Organisation wurde beschlossen, erst abzuwarten, wie stark die geplante Unternehmerrorganisation werde, und was sie beabsichtige. Einer Anregung Möllers folgend beschloß der Kongreß, in allen größeren Städten eigene Arbeitsnachweise einzurichten. Zur Ausarbeitung der Statuten wurde eine Kommission eingesetzt.

Damit war die Tagesordnung erledigt.

Konservativ-freimütige Bundesbrüder. Am 30. September fand eine von konservativer Seite einberufene Kommunalwähler-Versammlung für Treptow-Baumgartenweg statt. Eingeladen waren nur solche Wähler, die nicht für den Sozialdemokraten eintraten. Die „Ordnungsleute“ befanden sich also unter sich, und sie benutzten die Gelegenheit, um die trotz des konservativ-freimütigen Bündnisses zwischen den Vertretern beider Richtungen bestehenden Zwistigkeiten auszufechten. In der Diskussion bellagte sich ein freimütiger Herr Tegner darüber, daß die von der Kommission der gemeinsamen bürgerlichen Parteien aufgestellten Kandidaturen von den konservativen Bundesgenossen nicht aufrechterhalten werden, sondern daß diese in der Person des Herrn Wittmann einen eignen Kandidaten und zwar in nichtöffentlicher Sitzung aufgestellt haben. Wegen dieser Angelegenheit kam es nun zu Auseinandersetzungen, die nicht auf ein gutes Verhältnis zwischen den Bundesgenossen schließen lassen. Unter andern wurde auch vom Bruch eines Ehrenwortes gesprochen, und nun stellte sich ein Lehrer als derjenige vor, auf den dieser Vorwurf sich beziehen sollte. Es handelte sich, wie aus den weiteren Auseinandersetzungen hervorging, um ein Viertelsgespräch zwischen einigen lokalen Parteigrößen, des Inhalts, daß der Amtsvorsteher gesagt haben sollte, man müsse streng darauf sehen, wie die Lehrer stimmen. Von einem Redner wurde die nähere Untersuchung dieser Angelegenheit gefordert, da, wenn die Erzählung wahr sei, es sich um eine unerlaubte Wahlbeeinflussung handle. Als nach Beendigung dieses blühenden Zwistes an die Kandidaten die Frage gerichtet wurde, wie sie sich zu etwaigen Maßnahmen gegen die Wohnungsnot stellen, wurde von konservativer Seite der Schluß der Versammlung herbeigeführt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Verstümmelt.

Breslau, 2. Oktober. (W. Z. V.) Die Abendblätter melden: In dem Bahnhofsgebäude der „Königsgrube“ bei Königsgrube wurden durch herabfallende Kohle 4 Mann verstümmelt. Die Ausgrabungsarbeiten dauern noch fort. Es ist aber wenig Aussicht auf Rettung der Verunglückten vorhanden.

Konig, 2. Oktober. (W. Z. V.) Der Erste Staatsanwalt Schweigger hat das Verbrechen gegen den Fleischhauer Adolph Leuch und den Fleischhauer Moritz Leuch wegen Mordes bzw. Teilnahme an dem Verbrechen eingestellt. Den Ersten Staatsanwalt beim Landgericht I Berlin hat er davon zu den Strafakten wider Mörder und Genossen in Kenntnis gesetzt.

Gelsenkirchen, 2. Oktober. (W. Z. V.) Die Zahl der Typhuserkrankungen im Stadt- und Landkreise Gelsenkirchen betrug heute nachmittag 770, ist also seit gestern vormittag um 48 gestiegen. Die Sterblichkeit ist im allgemeinen gering, einzelne Erkrankte konnten bereits entlassen werden.

Bunzlau, 2. Oktober. (W. Z. V.) Der Infanterist Rehor, der seiner Zeit den Unteroffizier Orzel erschossen hatte, wurde heute früh im Hofe der Marinetafelne durch den Strang hingerichtet.

Paris, 2. Oktober. (W. Z. V.) Der „Temps“ meldet, die französische Regierung sei nicht geneigt, die türkischen Gegenanschläge betreffend die Regelung der Sorando-Angelegenheit anzunehmen, halte vielmehr die Forderung in Höhe von 345 000 türkischen Pfund aufrecht.

Paris, 2. Oktober. (W. Z. V.) Dem „Gaulois“ zufolge beabsichtigt die Regierung, die bisher von geistlichen Orden geleiteten Schulen, in welchen sich Söhne und Töchter bedürftiger Mitglieder der Ehrenlegion befinden, demnächst zu verweltlichen.

Paris, 2. Oktober. (W. Z. V.) Mehrere Untersuchungsrichter erhielten vom Justizminister den Auftrag, gegen alle diejenigen Kongregationen, welche nach dem 8. Oktober sich dem Gesetz nicht unterworfen haben, ein gerichtliches Verfahren einzuleiten.

London, 2. Oktober. (W. Z. V.) Eine Depesche Kitcheners aus Pretoria von heute besagt: Der Rüstangriff Delareys auf das Lager des Obersten Kellie bei Roedwil am 30. September wurde vom Feinde, der etwa 1000 Mann zählte, mit großer Energie durchgeführt. Nach zweistündigem erbitterten Nahkampf wurden die Boeren mit beträchtlichem Verlust zurückgetrieben. Auf englischer Seite waren die Verluste schwer. 2 Offiziere und 31 Mann fielen, 11 Offiziere und 48 Mann wurden schwer, drei Offiziere und 25 Mann leicht verwundet. Alle Verwundeten wurden nach Kullenburg transportiert. Außerdem sind etwa 40 Mann verwundet worden, von denen ich nichts Genaueres weiß; sie sollen ebenfalls nach Kullenburg geschafft werden. Die Meldungen von den schweren Verlusten des Feindes bei den Forts Itala und Prospect bestärken sich. Es sollen 250 Boeren getötet und 300 verwundet sein.

Washington, 2. Oktober. (W. Z. V.) Ein Telegramm des amerikanischen Konsuls in Kanton vom heutigen Tage besagt, daß General Wu mit 1500 Soldaten die kuffändischen, welche zur Dreifaltigkeit-Gesellschaft gehören, bei Singing im Tschinghai-Distrikt geschlagen hat. 200 Aufständische sind gefallen und viele gefangen genommen und enthauptet worden.

Kanton, 1. Oktober. (W. Z. V.) Von den Aufständischen wurden weitere, jedoch kleinere Missionen ausbezahlt. Der Generalgouverneur hat sein Bedauern ausgedrückt und 1000 Soldaten abgedickt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zum Organisationsstreit im 6. Wahlkreis

Schreibt uns Genosse Bergmann: In der gestrigen Ausgabe des „Vorwärts“ wird eine Zuschrift des Genossen Ledebour veröffentlicht, welche auf die Organisationsstreitigkeiten, die im 6. Wahlkreis ausgebrochen sind, Bezug nimmt. Da darin auch mein Name genannt wird, ich auch lebhaften Anteil an der beregneten Sache, und zwar von Anfang an genommen habe, fühle ich mich gezwungen, kurz auf Ledebours Ausführungen zu erwidern.

Zunächst will ich bemerken, daß innerhalb der Opposition der Wunsch bestand, unser Abgeordneter möge sich an diesen Auseinandersetzungen nicht beteiligen, weil zu befürchten stand, daß er dadurch in eine schiefe Lage kommen könnte, was in seinem eignen Interesse besser zu vermeiden sei. Wie ich erst gestern erfahren habe, ist man in den Reihen der Majorität derselben Meinung gewesen. Ich ist leider davon abgewichen, ich muß aber gestehen, daß ich die Notwendigkeit dazu nicht einsehen kann. Ledebour schreibt: In der Versammlung wurde dann ausgesprochen, daß das Telegramm gar nicht von mir herrühre, sondern, wie einer der Redner es ausdrückte, eine Machenschaft der das Post in Händen habenden Personen“ etc. Wer es dies berichtet hat, weiß ich nicht, daß es aber unklar ist, geht schon daraus hervor, daß Genosse Bruno sich sofort, als das Telegramm verlesen war, zum Worte meldete und seine allerdings ungeschickten Ausführungen machte. Kein Redner von Seiten der Schönhäuser Vorstadt ist auf das Telegramm eingegangen, weil eben der Abgeordnete nicht in den Streit hineingezogen werden sollte.

Der Bericht des „Vorwärts“ über die Vollversammlung läßt dies auch erkennen. Da nun kein Mensch in der Versammlung von dem Dasein des Telegramms etwas wußte, konnte natürlich auch nichts ausgesprochen werden; Ledebours Informationen sind daher falsch. Falsch ist auch die Behauptung, es hätten gleich zu Anfang persönliche Momente hineingespielt; allerdings kann das Ledebour nicht wissen, denn er war ja nicht dabei.

Was nun die Frage der Sonderorganisation anlangt, so hat es damit folgende Bewandnis: Genosse Kröhn, nicht Kiesel, stellte an mich die ganz bestimmte Frage, ob die Schönhäuser Vorstadt die Gründung einer Sonderorganisation beabsichtigt. Da ich gerade das Wort erhielt, fragte ich vorher meinen Vertrauensmann: „Kann ich mit gutem Gewissen sagen, daß wir nicht an die Errichtung einer Sonderorganisation denken?“ Das wurde mir bejaht, und infolgedessen habe ich diese Erklärung abgegeben, der Zufall war meine persönliche Ueberzeugung. Ein Beschluß der Schönhäuser Vorstadt konnte nach Lage der Verhältnisse meiner Erklärung nicht zu Stunde liegen.

Zum Schluß seiner Ausführungen richtet Ledebour einen Appell an das Solidaritätsgefühl der Genossen in der Schönhäuser Vorstadt, und spricht darin die Hoffnung aus, daß die Genossen einer möglichen Verständigung nicht aus dem Wege gehen sollten.

Nun, hätte Ledebour sich die Mühe genommen, um nach seiner Rückkehr vom Parteitag persönliche Abklärung mit den Genossen zu nehmen, so hätte sich seine Veröffenlichung erledigt, denn er hätte dabei erfahren, daß seitens der Schönhäuser Vorstadt bereits der Beschluß gefaßt war, die ganze Angelegenheit dem Parteivorstand und den Berliner Vertrauensleuten zu unterbreiten. Das Verständnis und der gute Wille ist seitens der Genossen der Schönhäuser Vorstadt längst und in vollem Maße vorhanden.

Der Wahlverein für den fünften Kreis hält heute im Alten Schützenhaus, Liniensstr. 5, eine außerordentliche Generalversammlung ab, in der Genosse Leopold Viepmann über die Reorganisation und das neue Statut des Vereins spricht.

Reinickendorf. Sonnabendabend 8 1/2 Uhr findet in Böckers Str. 1-2 (Zuhaver Str.) die öffentliche Versammlung des Wahlvereins statt. Genosse Panlow referiert über das Thema: Platonischer und unchristlicher Kommunismus.

Potsdam. Am Donnerstag findet eine Versammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Berichterstattung vom Parteitag. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Lokales.

Der Milchring kommt nun allmählich „in Gang“. Schwierigkeiten in der Versorgung Berlins mit Milch haben sich bisher nur in geringem Umfange gezeigt. An manchen Stellen hat es an Milch gefehlt, an anderen konnte die Nachfrage voll befriedigt werden. Die Bevölkerung hält namentlich in den Arbeiter- und Arbeiterinnenvierteln treu zu denjenigen Milchhändlern, die mit dem Milchring im Kampf liegen, und boykottiert die Verkaufsstellen der Milchzentrale sowie der von ihr abhängigen Händler.

Die Milchzentrale hat jetzt das Ergebnis der Untersuchung von Milchproben veröffentlicht, die sie in der letzten Zeit in zahlreichen Berliner Milchgeschäften hat ankaufen lassen. Dabei soll sich, wie die Zentrale behauptet, ergeben haben, daß von der „guten Milch“ 84,8 Proz. der Proben und von der „Vollmilch“ 74,4 Proz. der Proben entzahlt oder gefälscht waren. Die Milchhändler werden die Antwort auf diesen Vorwurf nicht schuldig bleiben. Nach früheren Erklärungen, die aus dem Lager der Milchhändler gekommen sind, wird die Milch zum größten Teil schon von den Landwirten selber so weit verarbeitet und verfälscht, daß sie nicht mehr als Vollmilch gelten kann.

Auf diese Untersuchungen bezugnehmend, versichert jetzt die Milchzentrale, aus dem Ergebnis gehe hervor, daß die Milchproduzenten weder von Preisfestsetzungs-Abzichten, noch sonst von Kampflust geleitet worden seien, sondern von dem Wunsch, dem Produzenten den ihm zustehenden Anteil zu sichern, ohne dem Publikum die Milch zu verteuern und trotzdem bessere Milch zu liefern. Nun sind aber die Untersuchungen erst vor wenigen Wochen vorgenommen worden, während die „Milchbauern“ schon lange vorher mit der Forderung eines höheren Preises aufgetreten sind. Der Wunsch, dem Publikum bessere Milch zu liefern, scheidet also aus den Beweggründen des Kampfes aus, und es bleibt nur noch die Absicht übrig, dem Landwirt einen größeren Profit zu verschaffen — eine Absicht, von der der Leiter der Milchzentrale im vorigen Jahre den Milchhändlern selber zugegeben hat, daß sie sich nur dann durchzuführen läßt, wenn das Publikum die Preisverbesserung trägt.

Daß es dem Milchring nicht ersichtlich darum zu thun sein kann, bessere Milch zu liefern, das geht auch aus Äußerungen des Vorsitzenden der Milchzentrale Oberamtmann Ring hervor. Herr Ring hat zwar bestritten, daß er bei der Polizei beantragt habe, die polizeilichen Anforderungen an den Fettgehalt der Milch herabzusetzen. Er hat aber in öffentlicher Versammlung deutlich genug durchblicken lassen, daß er eine Herabsetzung für erstrebenswert hält. So hat er in der Versammlung der Milchproduzenten vom Dezember vorigen Jahres seine Befriedigung über ein Reichsgerichtsurteil geäußert, nach welchem die natürlich ermollene Milch, der nichts entzogen und nicht zugesetzt ist, unbeschadet ihres niedrigen Fettgehalts als „Vollmilch“

gelten soll und demnach nicht zu beanstanden ist. Dieses Urteil ist um so bedenkllicher, da die „Milchbauern“ bekanntlich die Kunst erfinden haben, durch eine entsprechende Fütterung die Milch schon im Bauch der Kuh zu verfälschen. Wenn Herr Ring seine Befriedigung darüber äußerte, daß jede natürlich ermollene Milch, also auch die durch entsprechende Fütterung verschlechterte, als „Vollmilch“ gelten soll, dann muß man in der That fragen, worauf der Herr den Anspruch gründet, den Milchhändlern den Vorwurf der Milchverschlechterung zu machen.

Die Behandlung der Stadt Berlin in der Straßenbahnfrage. Mit der kaiserlichen Kammdemerkung: „Kein, unterirdisch“, auf das Gesuch der Stadt Berlin, um Genehmigung der Führung einer Straßenbahn über die Straße „Unter den Linden“ im Zuge der Kanonier- und Reußstädtischen Kirchstraße sind drei seit längerer Zeit erwogene und mit vielen Kosten und Mühen verbundene Pläne der Stadt ad acta gelegt worden. Zunächst der Straßendurchbruch, um eine neue seit Jahren gewünschte Verbindung mit dem Bahnhofs Friedrichstraße zur Entlastung des Engpasses zwischen diesem Bahnhof und der Behrenstraße, d. h. der Friedrichstraße für den allgemeinen Verkehr zu schaffen; dann die Straßenbahn-Verbindung zwischen Nord und Süd, zur schnelleren und bequemeren Erreichung der Bahnhöfe Friedrichstraße, Görlitzer- und Stettiner-, sowie der Vororte Panlow und Treptow mit den jetzigen, nur einen Liniens bildenden Siemens'schen Bahnen, und schließlich die Untergrundbahn zur Verbindung des Wedding mit Schönberg. Es soll hier nicht die Frage aufgeworfen werden, aus welchem Grunde der Stadt Berlin die Ueberführung nur einer Straßenbahnlinie über die Linden nicht genehmigt wird, während an einer anderen Stelle (Opernhausplatz), wo häufiger Sperrungen aus Anlaß von Hofgesellschaften stattfinden pflegen, einer Aktiengesellschaft die Ueberführung der „Linden“ mit mehr als einem Dutzend Linien gestattet worden ist, sondern es soll nur darauf hingewiesen werden, daß mit diesen Plänen auch andere bis auf weiteres haben vertagt werden müssen. Ein neuer Plan, der dahin geht, durch den Ankauf der Grundstücke in dem geplanten Straßendurchbruch Platz für eine Kompenanlage zu gewinnen, um die Siemens'schen Bahnen dann in einem Tunnel unter der Straße „Unter den Linden“ verkehren zu lassen, erfordert zunächst umfangreiche Vorarbeiten, Verhandlungen und hohe Kosten, man spricht von fünf Millionen Mark, d. h. soviel, wie die Wohnanlagen nach Panlow und Treptow gekostet haben. Die Gemeindefürsorge wird sicherlich auch vor diesem Opfer nicht zurückweichen, wenn eine Gewähr vorhanden, daß die Pläne dann nicht abermals im letzten Stadium durchkreuzt werden würden. Ein dritter Plan geht dahin, die Linie Treptow-Behrenstraße bis zur Ecke der Behrenstraße am Opernhaus zu verlängern und auf Grund des vertragmäßigen Mitspracherechts von 400 Meter Gleisen der Großen Berliner Straßenbahn die Bahn bis zur Charlottenstraße in die Linie Mittelstraße-Panlow überzuführen, eventuell unter Reallegung von Gleisen in der Straße am Opernhaus und neben den Gleisen der Großen Berliner Straßenbahn über den Opernhausplatz. Diese Straßenbahn wird natürlich und nicht mit Unrecht das vertragmäßige Recht der Stadt mit dem Hinweis auf die Ueberlastung dieser kurzen Straße durch das Kasanienwäldchen bekämpfen, indes was der Charlottenburger Straßenbahn recht ist, muß der Siemens'schen billig sein. Ob dieser Plan zur Durchführung gelangen kann, hängt wieder lediglich von der Aufsichtsbekörde ab. Mit allen diesen Plänen wird sich die Verkehrsdeputation voraussichtlich schon in den nächsten Tagen befassen.

Das städtische Obdach scheint bei dem gegenwärtigen Umzugstermin nicht so stark in Anspruch genommen zu werden als vor sechs Monaten und vor einem Jahre. Am Nachmittag des 1. Oktober waren im Familienobdach 97 Familien mit 478 Köpfen, es kamen im Laufe des Abends hinzu 16 Familien mit 54 Köpfen, so daß im ganzen am Mittelnacht 532 Personen dort beherbergt waren. Gestern vormittag vermehrte sich der weitere Bestand auf 555 Köpfe. In der Mittelnacht zum 1. April d. J. waren 523 Personen im Familienobdach, am Morgen des 2. Oktober 1900 betrug der Bestand 602 Köpfe und vermehrte sich bis zum 5. Oktober auf 409 Familien mit 1072 Köpfen.

Der Unterricht in der Gesehskunde, der seit dem Winterhalbjahr 1892/93 von einigen der städtischen Fortbildungsschulen für Jünglinge eingeführt wurde, aber wenig Anhang gefunden hat und dann seit dem Winterhalbjahr 1896/97 nur noch an zwei Schulen erteilt worden ist, wird von dem kommenden Winterhalbjahr ab wieder an drei Schulen erteilt werden. Neben der 3. und der 9. Fortbildungsschule (Hinter der Garnisonstraße und Fruchtstraße), von denen dieser Unterrichtgegenstand beibehalten worden war, wird künftig auch die erst im Winterhalbjahr 1900/01 eröffnete, aber rasch aufblühende 13. Fortbildungsschule (Prinzen-Allee) Unterricht in der Gesehskunde in ihrem Lehrplan haben.

Dem inzwischen aus der Untersuchungshaft entlassenen Redakteur Panzer des anarchischen Wochenblattes „Neues Leben“ ist nunmehr die Anklageheft zugestellt worden, nach welcher er sich wegen „Öffentlicher Anreizung zu Gewalttätigkeiten“ zu verantworten haben wird. Bekanntlich handelt es sich dabei um den im „Neuen Leben“ veröffentlichten Artikel „Das Attentat auf den Präsidenten Mc Kinley“, durch den nach der Auffassung der Staatsanwaltschaft die Verhütung von Gewalttätigkeiten gegen die Befehlenden angereizt und diese letzteren in ihrem Sicherheitsgefühl gefährdet werden. Die Verteidigung des Angeklagten hat Rechtsanwalt Victor Frankl übernommen.

Die in der Köflicher Angelegenheit angestellten Ermittlungen haben bisher noch keine Gewissheit ergeben, ob Köflicher sich selbst getötet hat oder ob ein Verbrechen vorliegt. Die gerichtsarztliche Untersuchung der Leiche wird heute stattfinden. Ueber die Vorgänge am Montagabend ist der Agent Tomafaske eingehend vernommen worden. Er holte, als Köflicher kurz vor 8 Uhr von einem jetzt noch unbekanntem Manne besucht wurde, aus einer benachbarten Wirtshaus für 60 Pf. Bier und ging dann weg, 700 Mark, die bei ihm gefunden wurden, hat Tomafaske von seinem Mitagenten Holzgasse erhalten. Diese Tatsachen sind einwandfrei nachgewiesen. Die wiederholten Verneinungen der Frau Tomafaske und des Fräuleins Kreischnauer konnten zur Klärung des Dunstels nicht viel beitragen. Die Tatsache, daß bei Köflicher weder Wechsel noch Geld gefunden wurden, braucht nicht mehr als ein Beweis für sein gewaltiges Ende oder für einen Raub betrachtet zu werden. Die Ermittlungen haben ergeben, daß es mit den Vermögensverhältnissen Köflicher nicht mehr gut bestellt war. Es ist möglich, daß er gezwungen war, alle Wechsel von Geldbedürftigen sofort an seine Hintermänner, die eigentlichen Geldgeber, weiterzugeben. Diese wohnen aber nicht in Berlin.

Eine Schreckenszene, die mit dem Tode eines jungen Mädchens endete, spielte sich Dienstagabend auf dem Grundstück Drehschiff 15 ab. Hier wohnt im vierten Stock eine Frau Specht, die im Marinepanorama einen Cigarettenhandel betreibt, mit ihren 13 und 12 Jahre alten Töchtern Margarete und Ella. Während die Frau sich um 9 1/2 Uhr noch im Geschäft befand, lockten sich die Kinder Kaffee. Der Petroleumkocher stand auf einem Tisch vor dem Feuer. Als ihn Ella herunterschleppen wollte, stieß sie ihn um, so daß er auf einen neben dem Tisch stehenden Stuhl fiel. Dabei gerieten Kleidungsstücke, die auf dem Stuhl lagen, und das Oberbein in Brand. Während Ella jodelnd nach dem Feuer lief und um Hilfe rief, flüchtete Margarete auf das Fenster- und Blumenbrett und stürzte mit diesem auf den Hof hinab. Mit Arm- und Beinverletzungen und inneren Verletzungen wurde die Unglückliche in einer Droßke nach dem Moabit

Krankenhaus gebracht. Dort starb sie schon nach einer halben Stunde. Der sechsjährige Sohn des Buchbinders v. Thielemann hatte unterdessen die Feuerwehr gerufen. Als ein Zug von der Wache in der Turmstraße kam, hatten Hausbewohner, der Milchhändler Raul und die Arbeiter Metzchen Eheleute den Brand aber schon gelöscht.

Mit einem seltsamen Verlangen ist gestern ein Hauptmann vom 3. Feldartillerie-Regiment in der Schornhorststraße einigen Schuhamachern gekommen, die sich durch Vermittelung eines Arbeitsnachweises bei dem erwähnten Regiment zum Arbeiten gemeldet hatten. Als die Handwerker früh 6 Uhr in die Kaserne eintraten, wurden sie von dem Wachmeister eingestellt. Der Unteroffizier wies den Männern ein Zimmer als Arbeitsstätte an und erlaubte sie, eine Zeitlang zu verweilen, da er zur Stunde die Einteilung der Arbeit noch nicht vornehmen konnte. Die Schuhamacher warteten einige Stunden, bis endlich der Quartiermeister mit der Postkammer eintrat, daß der Hauptmann sie in Arbeit behalten wolle, wenn sie für freie Kost und 30 Pfennige Tagelohn arbeiten wollten. Ratslos lehnten die Leute ein solches Anerbieten ab, und da auf alledem keine Einigung zu erzielen war, mußten sie jetzt die Hilfe des Gerichts in Anspruch nehmen, um zu ihrem Recht zu kommen.

Ein schweres Geschick hat den früheren Inhaber des „Deutschen Wirtschaftlers“, Emil Bodek, der Schwiegerjohn Kshwards, betroffen. Er ist wegen eines schweren Nervenleidens der Edelfischen Anstalt in Charlottenburg zugeführt worden.

Erste Hilfe bei Vergiftungen. Das Polizeipräsidium teilt mit: Auf jeder Feuerwache wird eine größere Quantität Sauerstoff mit zugehörigen Inhalationsgeräten für die erste Hilfe bei Vergiftungen aller Art, Schlaganfällen und tiefen Ohnmachtanfällen usw. vorrätig gehalten und zwar hat im allgemeinen öffentlichen Interesse die Sauerstoff-Fabrik, Tegelerstr. 15, den Sauerstoff und die Apparate zur Verfügung gestellt. Die Abgabe erfolgt unentgeltlich an Ärzte, auch können, wenn solche nicht zur Stelle, ausnahmsweise in schweren Fällen Feuerwehramtler die Wiederbelebungsvorkehrungen unter Anwendung des Sauerstoffes bis zum Eintreffen eines Arztes einleiten.

Zeugen gesucht. Die Personen, welche den Vorfall beobachtet haben, der sich am 26. Juli d. J., 5 Uhr nachmittags, vor dem Hause Postlakenstraße 51 zutrug, werden gebeten, ihre Adresse bei August Kozgorowski, Handelsmann, Komminensstr. 32 bei Schüt, abzugeben.

Straßenperrung. Die Ostseite der Petersburgerstraße von der Kochmann- bis zur Heidenfeldstraße einschließlich der beiden Kreuzungspunkte wird wegen Umplasterung vom 3. Oktober ab für Fahrzeuge und Reiter gesperrt.

Mit großer Sorgfalt hat, wie nachträglich berichtet wird, der Provinzial-Ciler aus der Wenzelschen Apotheke zu Hegermühle bei Eberwalde seinen Selbstmord vorbereitet. Eilers war von seiner ersten Frau geschieden. Auch von der zweiten wollte er sich scheiden lassen, seine Absicht scheiterte aber an dem Widerstand der Frau. Erst kürzlich wurde er verurteilt, Frau und Tochter den Lebensunterhalt zu gewähren. Statt dessen beschloß er jedoch, aus dem Leben zu scheiden. In der vergangenen Woche schrieb er mehrere Briefe, legte sein Testament auf und stiftete es in einem Briefumschlag in die Tasche, nahm Abschied von seinen Bekannten und meldete sich bei der Polizei als „unbekannt verzogen“ ab. Am Sonnabend begleitete er dann zwei Freunde zur Bahn, ging über den Eberwalder Wasserfall nach der Wiesenthaler Heide, suchte sich hier einen schönen Platz aus, entleerte sich bis auf die Beinkleider und tötete sich durch zwei Revolvergeschosse in das Herz. Arbeiter fanden den Toten und machten dem in der Nähe wohnenden Förster Anzeige. In seinem letzten Willen vermachte er seine Verlassenen seinem Kinde, seinen Arztkameraden einem ihm bekannten Gastwirt, 50 M. bestimmte er für seine Beerdigung, aber 20 M., die er außerdem noch hatte, traf er seine Verfügung.

Die Kindesmorde nehmen in erschreckendem Umfange zu. Gestern wurde wieder eine kleine Leiche gefunden, die eines neugeborenen Knaben. Sie trieb im Schleusenkanal an der Jungfernbrücke und wurde gefandet und dem Schauhause übergeben. Eingekühlt war sie in einen rot und weiß karierten Ueberzug eines Kopfstoffs ohne Zeichen. Während in diesem Falle die Mutter noch unbekannt ist, wurde sie in einem andern, der vorgestern morgen entdekt wurde, in einem Arbeitsmädchen eines Hotels alsbald ermittelt.

Die Leiche eines neugeborenen Kindes weiblichen Geschlechts wurde am Montag auf einem Holzplatz in der Friedenauerstraße in Schönberg aufgefunden. Die Leiche war in graues Papier eingewickelt und darüber ein schwarzer Frauenstumpf gezogen. Jedemfalls ist das Paket mit seinem grauen Inhalt in der vorhergehenden Nacht über den den Holzplatz umgrenzenden Zaun geworfen worden.

Feuerbericht. In der Wörlstr. 16 zu Weihensee kam Mittwoch früh 3 Uhr ein großer Dachstuhlbrand aus, der auch die Warmierung der Berliner Wehr zur Folge hatte. Obgleich mit mehreren Röhren über mechanische Leitern hinweg vorgegangen wurde, konnte doch nicht verhindert werden, daß der ganze Dachstuhl des großen Gebäudes von den Flammen zerstört wurde. Dienstagabend brannte Leitstr. 4 und Zwinglstr. 13 die Balkenlage. Subenerstr. 33 ging Stroh und ein alter Bretterraum in Flammen auf. In der Kochstr. 4 und in der Velle-Allianzstr. 10 hatten Mobilien Feuer gefangen. Bei einer Spiritusexplosion in der Friedrichstr. 130 hatte die Wehr längere Zeit Wasser zu geben und nebenbei schwer unter Verqualmung zu leiden. Eine Person zog sich Brandwunden an Händen und Beinen zu. Kleinere Brände wurden außerdem an Bernauerstr. 54, Wilhelmshavenerstr. 15, Alte Jakobstr. 53 und Schlienmannstr. 15 gemeldet.

Der Verein abstinenten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins veranstaltet heute im Gewerkschaftshaus, Saal 7, eine konstituierende Versammlung der Genossenschaft zur Begründung von Lokalen ohne Trinkwan, in denen alkoholhaltige Getränke nicht verabreicht werden. Nach Erstattung des Berichts der Kommission werden noch Mitglieder aufgenommen, die dann an den weiteren Beratungen und Wahlen teilnehmen können. Der Genossenschaft können auch nichtabstinente Genossen beitreten.

Ueber das englische Genossenschaftswesen hält Herr Kasemann am Samstagabend bei Keller, Kopenstr. 20, einen mit Lichtbildern ausgestatteten Vortrag. Der Eintrittspreis beträgt 10 Pf.

Der Ständekamm-Bezirk III, der die Stadtteile Gesundbrunnen und Wedding umfaßt, wird zum 1. Januar nächsten Jahres geteilt. Die Bevölkerungszahl dieses Bezirkes hat in den letzten Jahren sehr stark zugenommen und betrug bei der Volkszählung vom 1. Dezember 1900 bereits 141 295 Einwohner.

Poliklinik. Herr Dr. F. Mainz hat seine Poliklinik für Frauenkrankheiten von Luisenstr. 17 nach Chausseest. 81 verlegt. Sprechstunden für Unbemittelte täglich von 4-5 Uhr.

Das Passage-Theater hatte die Freundlichkeit, uns zu dem ersten Auftreten einer Dame einzuladen, von deren Vorhandensein das Publikum durch die Anschlagtafeln in großen Klatschen unterrichtet worden war. „Soja“ von der Scala in Mailand hieß der Stern. Bevor diese Amerikanerin erschien, zeigten Akrobaten und Sängerinnen, was sie konnten. Auch Traudlens Hundgeheiß trat auf Kampentisch und sang erbornungslos dem bedenkmalten Wisnaw, dem deutschen Heere und der ländlichen Stätteneinfalt Loblieder. Rabbeu

bermal's Akrobaten aufgetreten waren, am Sozo. Alle Erinnerungen an den „hüpfenden Feiler“ und ähnliche schöne Sachen wurden beim Anblick der Dame wach. Sozo ist Ballettänzerin und kleidet sich in kurze Gazeröckchen, wie sie bis vor zwanzig, dreißig Jahren nicht anders auf der Bühne gekannt waren. Auch ihre Kunst war nach allem Schnitt und in Pirouetten leistete sie, was menschenmöglich war. Daß das Auftreten der Künstlerin aber ein Gewinn ist, bezweifeln wir. Heute verlangt man von einer Tänzerin, wenn sie als Persönlichkeit gelten will, Temperament und Leidenschaft und verzicht es gerne, wenn diese selbst zu toten Extraganzen ausartet. Die Dressur des Zehnpigmentauges aber kann nicht mehr erwärmen.

Schöneberg — Großstadt! Die Stadt Schöneberg hat am Montag, den 30. September, nach den Aufzeichnungen des hiesigen Einwohner-Melde-Amtes unter Hinzuzählung der beim hiesigen Standesamt angemeldeten Geburten die Einwohnerzahl von 100 000 überschritten und ist hiermit in die Reihe der preussischen Großstädte eingetreten.

Gerichts-Beitrag.

Ein anfänglich unter dem Gesichtspunkte des versuchten Mordes behandelter Eiferjudenfall beschäftigte am Mittwoch die achte Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichts-Direktors v. Winterfeld. Der 27-jährige Sattler Josef Weirauch stand unter der Anklage der schweren Körperverletzung mittels eines Messers und einer das Leben gefährdenden Behandlung. Der Angeklagte hat schon im Jahre 1896 einmal eine kleine Strafe erhalten, weil er aus Eifersucht ein Mädchen mit einem Stock geschlagen hat. Er arbeitete hier in der Dörmannschen Militär-Effektenfabrik, woselbst auch die Arbeiterin Anna Bernide beschäftigt war. Seit Anfang dieses Jahres hatte sich zwischen ihm und dem Mädchen ein Liebesverhältnis entwickelt, sie machten zusammen Ausflüge, sie besuchte ihn in seiner Wohnung etc. Der Angeklagte ist etwas leichtsinnig und hat ein Erbeil von 700 Mark ziemlich schnell verbracht. Als er zu Ostern dem Vater Bernide erklärte, daß er dessen Tochter heiraten wolle, soll der Vater gesagt haben, er würde seine Tochter nur einem Manne geben, der ordentlich sei und sein Geld zusammen halte. Herr Bernide redete seiner Tochter zu, das Verhältnis zu lösen, er ließ auch etwas spöttisch dem Angeklagten sagen, daß er sich doch erst einen anständigen Anzug beschaffen solle, ehe er ans Heiraten denke. Diese Anweisung verdroß dem Angeklagten außerordentlich und er machte wiederholt häßliche Bemerkungen über den Vater. Trotz mancher Verwünschungen dauerte aber das Verhältnis fort. Am 9. Juni hatten die Sattler der Fabrik eine Streikpartie nach Friedrichshagen veranstaltet, an welcher der Angeklagte mit Anna Bernide teilnahm. In Friedrichshagen und im Müggelspähchen hat niemand ernste Streitigkeiten zwischen beiden bemerkt, wohl aber kam es zu solchen auf der Rückfahrt im Kramfer. Weirauch schimpfte auf den Vater seiner Braut, das Mädchen verbat sich dies und erklärte, daß sie gar nicht daran denke, einen so gottlosen und leichtsinnigen Menschen zu heiraten. An der Ecke der Mariannen- und Stallhofstraße verließen beide den Kramfer. Vor dem Hause Reichenbergerstr. 82, in welchem das Mädchen wohnt, gingen beide hin und her, und der Angeklagte redete auf die Bernide ein, doch wieder gut zu sein, was aber abgelehnt wurde. Inzwischen schloß ein Mann das Nebenhause auf, und um von dem Angeklagten loszukommen, ließ sie schnell dort in den Flur hinein. Da packte dem Angeklagten eine blinde Wut, er eilte der Bernide nach, ergriff sie von hinten am Hals und warf sie zur Erde, wobei sie auf die linke Seite fiel. Er schnitt sie mit dem Sattlermesser, welches er bei sich führte, am Hals und brachte ihr eine furchtbare Schnittwunde bei, die vom Ohr bis zum Kinde ging und eine breite Narbe im Gesicht zurückgelassen hat. Dann stach er mit dem Messer blindlings auf die weiches am Boden Liegende ein und brachte ihr 17 zum Teil gefährliche Schnitt- und Stichwunden am Kopfe, an der Brust, am Rücken und am rechten Arm bei. Auf ihren Hilferuf stürzten Leute herbei, die dem Rasenden von seinem Opfer reihen mußten. Das Mädchen hatte großen Blutverlust und mußte nach dem Krankenhause am Urban gebracht werden, wo sie bis zum 30. Juli verweilte. Außer der breiten Narbe, die sich über die rechte Seite der Wange zieht, erinnert sie der feif geliebene Zeigefinger der rechten Hand an das blutige Abenteuer. Als man dem Wüterich auf der Polizei vorstellte, was er getan, drückte er sein Bedauern darüber aus, daß die Sache nicht noch schlimmer gekommen sei. Er hatte auch schon einige Zeit vorher zu einer Schwester der Verletzten gesagt, daß es etwas geben würde, wenn er die Schwester nicht beläme. — Trotz alledem nimmt die Staatsanwaltschaft nicht an, daß der Angeklagte dem Mädchen nach dem Leben getrachtet, vielmehr in einer blinden Wut, die plötzlich über ihn gekommen, gehandelt habe. Staatsanwalt Ellendt veranlaßt nicht, daß gewisse Momente, namentlich die unmensliche Brutalität und der nach der That gezeigte Egoismus des Angeklagten darauf hindeuten, daß er das Mädchen habe aus der Welt bringen wollen. Er hielt aber doch nicht einen bündigen Beweis dafür erbracht und die Möglichkeit für gegeben, daß er in seiner Heißblütigkeit und Leidenschaft nicht recht gewußt habe, was er that. Inmerhin sei es aber geboten, den Angeklagten wegen seiner viehischen Roheit längere Zeit ins Gefängnis zu schicken, damit er Zeit gewinne, sein heißes Blut abzukühlen. Er beantragte drei Jahre Gefängnis. — Rechtsanwalt Heine beantragte ein geringeres Strafmaß, da in diesem Falle irgend eine Absicht den Angeklagten sicherlich nicht geleitet habe, offenbar das Tier im Menschen bei ihm zum Ausbruch gekommen und er einem ganz ungelassenen Durchbruch der Wut gefolgt sei. — Der Gerichtshof verur-

sichtigte, daß der Angeklagte im Termin keine Spur von Reue gezeigt habe und demnach die Strafe auf drei Jahre Gefängnis.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde gestern nachmittag vor dem Landgericht II gegen den Maler Böhmmer aus Bromberg verhandelt, der, wie wir damals mitteilten, vor einiger Zeit in einer Gastwirtschaft an der Chaussee in Neu-Nahnsdorf verhaftet wurde, als er trotz wiederholter Warnungen seine beleidigenden Zeichnungen wiederholte. Der Staatsanwalt beantragte gegen den schon mehrfach bestrafte Mann ein Jahr Gefängnis, der Gerichtshof verurteilte ihn zu vier Monaten.

„Es werde Licht!“ Verein zur Unterhaltung und Belehrung. Heute (Donnerstag), 9 Uhr abends bei F. H. W. Waldh. 8: Verlesung der Tagesordnung: 1. Vortrag mit Demonstration: „Kunstphantasien“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Alle Freunde geistiger Unterhaltung, Damen und Herren, sehr willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Das erste Heft der von Ed. Bernstein herausgegebenen Zeitschrift: „**Dokumente des Sozialismus**“ ist soeben erschienen. Es ist ein drei Bogen starkes Heft und bietet in erster Reihe unter dem Titel: „Bibliographie des Sozialismus“ eine Anzahl von Referaten über literarische Erscheinungen des In- und Auslandes, die sich mit dem Sozialismus beschäftigen.

Darunter schließt sich unter der Rubrik: „Aus der Geschichte des Sozialismus“ ein längerer Aufsatz über das erste politische Arbeiterprogramm des XIX. Jahrhunderts, worunter das Statut des 1831 in London von Gewerbetreibenden und politischen Arbeitervereinen ins Leben gerufenen Nationalen Bundes der arbeitenden Arbeiter und anderer“ verstanden ist, das u. a. die später so viel erörterte Forderung des vollen Arbeitentages für jeden Arbeiter aufweist. Der besagte Bund ist die Stammorganisation des Chartistenbundes. Ein Artikel von F. H. W. Waldh. über die in den letzten Tagen nach der Februar-Revolution 1848 den Pariser Arbeitern warmend zurück, sich nicht durch Erinnerungen von 1793 zu einer Haltung verleiten zu lassen, die mit den veränderten Zeitverhältnissen im Widerspruch steht, schließt sich daran an.

„**Urkunden des Sozialismus**“ werden das 1830 verfaßte „**Glaubensbekenntnis der Saint-Simonisten**“, der einleitende allgemeine Teil des Entwurfs zu einem neuen Parteiprogramm für die ökonomische Sozialdemokratie, sowie eine vor 70 Jahren (1831) erschienene bildliche Darstellung der modernen Gesellschaft mitgeteilt.

Der 4. Abschnitt: „**Der Sozialismus in den Zeit-schriften**“ besteht aus Inhaltsangaben der neuesten Hefte der sozialistischen Zeitschriften des In- und Auslandes, sowie Notizen über Anfänge in nichtsozialistischen Zeitschriften, in denen Fragen behandelt werden, die den Sozialismus betreffen.

Im 5. Abschnitt: „**Anfragen und Nachweise**“ stellt die Redaktion selbst als Beispiel, welchem Zweck die Rubrik bestimmt ist, zwei Anfragen zur Beantwortung, die sich auf die Literatur des Sozialismus beziehen. Die Zeitschrift, die monatlich im Verlage der „**Sozialistischen Monatshefte**“ erscheint, kostet pro Heft 1,25 M.

Vermischtes.

Explosion. Aus Köln wird berichtet: Eine folgenschwere Explosion ereignete sich in den Establishments der bei Troisdorf gelegenen rheinisch-westfälischen Sprengstoff-Fabrik. Bisher wurden drei Arbeiterinnen glücklich verunglückt unter den Trümmern hervorgerollt. Die Ursache ist unbekannt. Ein großes Gebäude ist total zertrümmert. Auch in dem zur Sprengstoff-Fabrik zu Delbrück gehörigen Siebhaufe entstand eine heftige Explosion. Glücklicherweise war nur ein Arbeiter anwesend. Einzelne Teile des verunglückten Bauwerks wurden aufgefunden. Auch hier ist die Ursache unbekannt.

Aus Bochum wird berichtet: Auf der Strecke der elektrischen Straßenbahn nach Wattenfeld ließ Dienstagabend ein Bierwagen mit einem Straßenbahnwagen zusammen. Eine auf dem Bierwagen befindliche Person und der Kutscher wurden schwer verletzt. Letzterer ist alsbald verstorben.

Marktpreise von Berlin am 1. Oktober 1901
nach Ermittlungen des h. V. Polizeipräsidiums.

Weizen, gut D-Mtr.	—	—	Rastoffen, neue D-Mtr.	8	4
— mittel	—	—	Rindfleisch, Rente 1 kg	1,70	1,20
— gering	—	—	do. Bauch	1,30	1
Roggen, gut	—	—	Schweinefleisch	1,60	1,30
— mittel	—	—	Rindfleisch	1,70	1,10
— gering	—	—	Hammelfleisch	1,60	1,10
* Gerste, gut	14,40	13,70	Butter	2,80	2
— mittel	13,60	13	Eier 60 Stk.	4,40	2,40
— gering	12,90	12,30	Karotten	2,20	1,20
* Hafer, gut	16,10	15,30	Hale	2,60	1,20
— mittel	15,20	14,40	Hauben	2,60	1,20
— gering	14,30	13,60	Deckel	2	1
Haferstroh	7,22	7	Birke	1,80	0,80
Heu	8,10	6	Schote	2,60	1,20
Ferkeln	40	25	Bleie	1,40	0,50
Sveischöphen	50	25	Rebfe	16	2,50
Kornen	60	30			

* frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 2. Oktober. Heute waren die Getreidepreise fast rückgängig, was bereits am Frühmarkt begann und mittags trotz leicht erhöhter Preisänderungen und Export-ungarn fortbestand. Die Mehlpreise waren für Weizen über 2 M., für Roggen 1 1/2 M. niedriger als gestern. Als Gründe dieser neuerlichen, harten Senkung wurden schwaches Nordamerika, sowie reichliche und billige Offerten aus Rußland bei äußerst geringer Aufnahmefähigkeit des Marktes angegeben. Erste dieses Jahres waren Abgeber für laufende Sichten. Der Weizenmarkt läßt nach wie vor viel zu wünschen übrig. Ueber die sentimentalen Enttäuschungen eines hiesigen Blattes, das die allgemeine Panik im Getreideverkehr auf ein

gut zielbewußt ins Werk gesetztes Manöver zweier ungenannter Spekulantensurückführt, war in Börsenkreisen nichts bekannt. Wehl gab 15 Pf. nach. Futtermittel lagen außerst still. Guter matt. Mais nominal behauptet. Kaffee wenig verändert.

Spiritus. Am Spiritusmarkt wurde 70er loco zum gestrigen Preise mit 39 M. gehandelt.

Städtischer Schlachtviehmarkt. Berlin, 2. Oktober 1901. Amtlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf fanden: 450 Rinder, 1854 Kühe, 1341 Schafe, 6631 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 50 Kilogramm Schlachtgewicht in Mark (beziehungsweise für 1 Pfund in Pf.): Rinder: a) vollfleischige, ausgewählte, höchsten Schlachtwertes, höchstens 7 Jahre alt 00-00; b) junge fleischige, nicht ausgewählte und ältere ausgewählte 00-00; c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 00-00; d) gering genährte ältere 00-00. — Bullen: a) vollfleischige höchsten Schlachtwertes 00-00; b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 00-00; c) gering genährte 47-52. — Ferkeln und Käse: a) vollfleischige, ausgewählte Ferkeln höchsten Schlachtwertes 00-00; b) vollfleischige, ausgewählte Käse höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 00-00; c) ältere ausgewählte Käse und wenig gut entwickelte jüngere Käse und Ferkeln 00-00; d) mäßig genährte Käse und Ferkeln 47-50; e) gering genährte Käse und Ferkeln 42-45. — Rinder: a) feinste Mastfäbber (Bosmilchmatt) und beste Saugfäbber 72-75; b) mittlere Mastfäbber und gute Saugfäbber 68-70; c) geringe Saugfäbber 62-66; d) ältere, gering genährte (Ferkel) 38-43. — Schafe: a) Mastlämmer und jüngere Mastlämmer 65-68; b) ältere Mastlämmer 58-63; c) mäßig genährte Mastlämmer und Schafe (Werkstoffe) 50-56; d) Hollsteiner Niederungsschafe (Lebensgewicht) 00-00. — Schweine: a) vollfleischige, der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 220-280 Pfund (schwer, 63-00); b) schwere, 280 Pfund und darüber (schwer) 64-65; c) fleischige 30-62; d) gering entwickelte 57-59; e) Sauen 58-60. Für 100 Pfund mit 20 Proz. Tara.

Verkauf und Tendenz. Der Rinderantrieb wurde bis auf wenige nicht passende Stücke gekümt. Der Kühehandel gestaltete sich glatt. Bei den Schafen fanden ungefähr 800 Stück Absatz. Der Schweinemarkt verlief glatt und wurde reich gekümt. Es wurden nur wenige Abschlässe um ca. 1 Mark über Notiz gemacht.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Zeitschrift findet am Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

J. S. Nordstern. 1. Jo. 2. Bei der Nacht eines Grundstücks ist, falls vertiglich nichts anderes vereinbart ist, im Gegensatz zur Fliese die Kündigung nur für den Schluss eines Geschäftsjahres zulässig; sie hat ipso iure am ersten Werttag desselben Jahres zu erfolgen, mit dessen Ablauf die Nacht erdigen muss. — **J. S. 29.** Führt die Pfändung nicht zur Befriedigung des Gläubigers, so ist dieser berechtigt, den Antrag auf Abnahme des Offenbarungsbekandes zu stellen. Ob der Schuldner ein Erkenntnis abgibt oder ein Zahlungsbekand ist, ist dabei gleich. Ein Schuldner, der den Offenbarungsbekand in den letzten fünf Jahren schon einmal geleistet hat, kann dem Gläubiger auf Abnahme des Bekandes mit Erfolg widersprechen, falls nicht der Gläubiger nachweist, daß er unzulänglichem Vermögen erworben habe. — **J. S. 30.** Wenden Sie sich an die Ober-Postdirektion. — **M. N. 26.** Weder der Vater noch die Mutter sind Vormund, sondern haben weitergehende Rechte: ihnen steht die elterliche Gewalt zu. Seit dem 1. Januar 1900 ist nach dem Tode des Vaters nicht mehr ein Vormund zu ernennen. Zielweise steht der Mutter die elterliche Gewalt in vollem Umfang nach dem Tode ihres Mannes zu. Diese elterliche Gewalt der Mutter rührt jedoch, wenn die Mutter minderjährig ist oder wenn sie eine neue Ehe eingegangen ist, in beiden Fällen ein Vormund zu bestellen. — **M. N. 25.** 1. und 2. Sie würden gut tun, sich an das Wädnerinnenheim in der Kanthofstr. 4 (Heldarmee), oder an die Frauenklinik, Artilleriestr. 20, oder an das häusliche Krankenhaus Moabit, Tummstr. 21, zu wenden. 3. Ja. 4. Die Klage ist vom Vormund anzustellen; das Armenrecht wird auf Grund einer Bescheinigung des Vormundschaftsgerichts erteilt. 5. Für den Fall der Hilfsbedürftigkeit müßte sich die Mutter an den Armenkommission-Vorsteher wenden. — **M. N. 11, Kipdorf.** 1. Rein. 2. Ja. — **G. 25.** Schöneberg. Sie sind im Irrtum. Wenn Post bereitbart ist, so liegt eben mündlicher Vertrag vor. Da Sie, wie es scheint, vom 1. April ab gepachtet haben, so ist mangelnder anderer Vereinbarung Kündigung nur für die Zeit zum 1. April zulässig. Diese Kündigung muß spätestens am 1. Oktober erklärt sein. Ist sie unterlassen, so gilt Ihre Pachtverhältnis bis zum 1. April 1903 weiter. — **999.** Wenn Ihrem Schwiegermutter nicht bewiesen wird, daß er über die Grenze gebaut habe, so ist die Klage in vollem Umfang abzuweisen. Hat er über die Grenze gebaut und der Nachbar beim Bau nicht widersprochen, so kann lediglich eine Beseitigung zur Zahlung erfolgen. Ihr Schwiegermutter kann es also auf eine Entscheidung des Gerichts ankommen lassen. — **J. S. 89.** Sie sind im Recht. — **J. S. 12.** Leider ist die Betreffende im vollen Umfang zur Zahlung verpflichtet. Wir hatten seiner Zeit an dieser und anderen Stellen des „Vorwärts“ wiederholt vor dem Beitritt zu Allgemeinen Volks-Krankenkasse (G. S. Nr. 120) gewarnt und dringend zum Austritt durch eingeschickten Brief geraten. Die Nichtbefolgung dieses Rates verursacht der Betreffenden eine Kassenlast von über 50 Mark. Ist sie etwa minderjährig zur Zeit des Abschlusses des Vertrages gewesen, so ist sie zur Zahlung nicht verpflichtet und soll das den Liquidatoren sagen. — **J. S. 7.** Die Rechnung müssen Sie begahlen. Im übrigen hängt die Regulatorik des Nachlasses und der Umfang des Rechts der einzelnen Erben von dem nicht mitgeteilten Wortlaut des Testaments ab. Trauen Sie Ihrem Vater nicht, so legen Sie die Nachlassurkunde ihrer Rechte in die Hände eines dortigen Anwalts.

Witterungsüberblick vom 2. Oktober 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. u. G. 0° C. u. F. 32° F.	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. u. G. 0° C. u. F. 32° F.
Schwinebunde	767	Stil	—	Rebel	11	Damparanda	772	Stil	—	wolkent	— 0
Hamburg	765	0	—	2 Dunst	14	Berchsburg	769	NO	—	1 Rebel	10
Berlin	766	SO	—	2 heiter	14	Fort	762	NRW	—	3 heiter	13
Kranke/W.	761	NO	—	2 heiter	14	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	763	SW	—	1 hd. heb.	12	Paris	759	SO	—	2 bedekt	15
Wien	763	Stil	—	wolkent	11						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 3. Oktober 1901.
Etwas kühler, viel wolkig bei mäßigen östlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

An die Arbeiterschaft Deutschlands!

Am 13. Juni d. J. hat die Berliner Gewerkschafts-Kommission den Boykott über die Nordhäuser Kantabakfabrikate verhängt. Den Knebelrevers (Verjagung des Rechts auf Koalitionsfreiheit) verlangen folgende Nordhäuser Kantabakfirmen: C. A. Kneiff, G. Reddersen, H. A. Hanewacker, Berlin & Bona, H. & R. Wittig, Rothhard & Comp., F. C. Lerche, Salfeld & Stein.

Wir ersuchen, den Tabak obiger Firmen so lange zu meiden, bis die Inhaber das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter anerkannt haben.

Die Kommission der Tabakarbeiter.

Wer den Agrariern zu einem willkürlichen Preismonopol für alle Lebensmittel, erst Milch, dann Butter, Fleisch, Obst, Gemüse verhelfen will, kauft bei der Ring'schen Milchcentrale; jeder andre beachte die ringfreien Geschäfte.

Die vereinigten Milchhändler-Verbände.

Möbel Bartsch.

Wem wäre die Möbelfabrik für bürgerliche Wohnungseinrichtungen Rudolf Bartsch, Oranienstrasse 73, zwischen Alexandrinenstrasse u. Moritz-Platz, nicht bekannt? Grösste Auswahl in meinem extra dazu erbauten, 4 Etagen hohen Fabrikgebäude. Empfehlenswerte Einkaufsquelle für Brantleute. Solide und gediegene Einrichtungen für 200-300-400-500 bis 10 000 Mark stets zur Ansicht vorrätig. Verlangen Sie meinen Prachtkatalog gratis und franco. Coulaute Zahlungsbedingungen. Kein Ladengeschäft. Verkauf direkt im Fabrikgebäude. Lagerbesichtigung erbeten ohne Kaufzwang. Lieferung frei Haus durch eigene Gespanne. Gegr. 1889.

Für den Inhalt der Anzeiger übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Donnerstag, 3. Oktober.
Cyberhaus. Margarete. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Der kommende Mann. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Die Geier. Anfang 8 Uhr.
Schiller. Die Geier. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Die Geier. Anfang 8 Uhr.
Berliner. Nacht und Morgen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Festung. Das Rosenkätzchen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Hoftheater. Die Geier. Anfang 7 1/2 Uhr.
Hoftheater. Die Geier. Anfang 7 1/2 Uhr.
Hoftheater. Die Geier. Anfang 7 1/2 Uhr.
Hoftheater. Die Geier. Anfang 7 1/2 Uhr.

Castans Panopticum.
Friedrichstr. 165.
Korwarth's wunderbare 6 Liliputaner
mit ihren kleinsten Pferden der Welt und Pracht-Equipage!

Passage-Theater.
Anf. wochent. 5, Sonntags 12, Ende 11 Uhr.
Das neue Oktober-Programm.
Adelina Sozo
Prima ballerina assoluta.
Traudchen Hundgeburth,
die Kuhmagd aus dem Rheinland.
Hasl und Frauzl,
die bayrischen Juxbrüder und Schuhplattler. Zum erstenmale in Berlin.
18 erstkl. Nummern.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72. Heute u. folg. Tage:
Ein tolles Geschäft.
Große Ausstattungsoffice mit Gesang und Tanz in 4 Bildern. Paula Worm in 8 Verwandlungen. Guido Thielscher in 11 Verwandlungen. Fritz Helmerding als Wolzogen. Junkermann, Böse. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr:
Heimat.
Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.
Freitagabend 8 Uhr:
Jugend.
Sonntagabend 8 Uhr:
Heimat.

Central-Theater.
Heute 7 1/2 Uhr:
Die Geisha.
Operette in Akten.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Metropol-Theater.
Schön war's doch!
Gr. Berliner Ausstattungsoffice mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern.
Emil Thomas a. G.
Joseph Josephi a. D.
H. Bender. G. Kaiser.
Eise de Veré a. D.
Frid-Frid. F. Georgette.
Gastspiel:
Sabaret!
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurterstr. 132.
Anfang 8 Uhr! Anfang 8 Uhr!
Berliner Rangen!
Große Ausstattungsoffice mit Gesang in 5 Akten und 7 Bildern v. G. Weber. Musik von H. Leonard.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag 4 Uhr: Silber- u. Goldstücke.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Maria Stuart.

Reichshallen.
Stettiner Sänger.
Herliches Programm, u. a. „Bosco“.
Anfang 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Urania.
Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Ueber den Wolken
Um 4 Uhr:
Mittelmeerfahrten.
(Kleine Preise.)
Invalldenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.

Castans Panopticum.
Friedrichstr. 165.
Korwarth's wunderbare 6 Liliputaner
mit ihren kleinsten Pferden der Welt und Pracht-Equipage!

Passage-Theater.
Anf. wochent. 5, Sonntags 12, Ende 11 Uhr.
Das neue Oktober-Programm.
Adelina Sozo
Prima ballerina assoluta.
Traudchen Hundgeburth,
die Kuhmagd aus dem Rheinland.
Hasl und Frauzl,
die bayrischen Juxbrüder und Schuhplattler. Zum erstenmale in Berlin.
18 erstkl. Nummern.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72. Heute u. folg. Tage:
Ein tolles Geschäft.
Große Ausstattungsoffice mit Gesang und Tanz in 4 Bildern. Paula Worm in 8 Verwandlungen. Guido Thielscher in 11 Verwandlungen. Fritz Helmerding als Wolzogen. Junkermann, Böse. Anfang 7 1/2 Uhr.

Apollo-Theater.
Kolossaler Erfolg des neuen Programms!
Marcelle Grandet
Die 4 Provençales
Robert Steidl
Frau Luna
Luftballett Grigolatis
Anfang 7 1/2 Uhr.

Palast-Theater
(früher Feen-Palast)
Burgstr. 22.
Direktion: Winkler u. Fröbel.
Das neue riesengroße Oktober-Programm.
15 Sensations-Nummern.
Nur vom Besten das Beste.
Direktor **Wilhelm Fröbel**
in der aktuellen tom. Operette **Weibliche Barbieren.**
Lebende Nissen-Photographie.
Kostliche Geschenke!
Die drei Silbersterne.
Der Musik-Sport-Akt.
Anfang Punkt 8 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr. Billet-Verkauf von 11-1 Uhr.

W. Noacks Theater.
Brunnenstr. 16.
Die wilde Kage.
Voller mit Gesang in vier Akten von Rauschardt und Weller. Musik von G. Steffens.
Nach der Vorstellung: **Tanztroupe.**
Freitag: **Schuldig.**

Schall und Rauch,
Unter den Linden 44.
Freitag, den 4. Oktober: Eröffnungs-Vorstellung.
Anfang 7 1/2 Uhr. 78/17
Preise der Plätze: Fauteuil 10 M. Loge 6 M. Parkett 6, 5, 3 M.

Deutsche Konzerthallen,
An der Spandauer Brücke 3.
Vornehmste Vergnügungsorte!
Tägliche: **Internationale Konzerte.**
Spezialität: Doppel-Vorstellung von nur erstklassigen Kräften.
Special-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.
Vorzügliche Küche.
Gut gepflegte Biere.

Arbeiter-Bildungsschule.
Donnerstag, den 10. Oktober, abends 1/8 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 8:
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes und der Revisoren. 2. Wahl zweier Revisoren. 3. Schulungsmöglichkeiten und Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. h/1

Samariter-Kursus
für Arbeiter und Arbeiterinnen.
Winter-Kursus 1901/1902.
Der Winter-Kursus beginnt in der Centralen „Dresdener Garten“, Dresdenerstr. 45, am Montag, den 7. Oktober, und in der Hiltale Brunnenstr. 150 bei H. Neumann am Montag, den 14. Oktober, jedesmal abends 9 Uhr beginnend. — Das Thema des ersten Vortrages lautet: Zweck und Ziele des Kursus und Anatomie (Bau des menschlichen Körpers). In jedem Vortrag schließen sich praktische Übungen an. — Renaudierungen erfolgen in den Lehrstunden, dieselben sind in jeder Abteilung 14-tägig. Der Besuch der ersten Lehrstunden steht jedermann als Gast frei. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen sind hierzu eingeladen. Das Eintrittsgeld beträgt 25 Pf., der monatliche Beitrag ebenfalls 25 Pf. Die Bibliothek steht zur Verfügung. Der Vorstand.

Freie Volksbühne.
Sonnabend, den 12. Oktober, 8 Uhr
in den
glänzend neu renovierten gesamten Festsälen der
Brauerei Friedrichshain:
Herbstfest.
Aus dem sorgfältig gewählten Programm heben wir besonders hervor:
Die Hasenpfote.
Kanzleikomödie von Hans Brenner mit **Marcell Salzer** als Gast.
Recitation: Herr Ernst Pittschau
vom Berliner Theater.
Gesang: Fräulein Laura Detschy u. G. Birkholz
vom Theater des Westens.
Festmarken a 50 Pf. sind für Mitglieder in den Zahlstellen zu haben.
Sonntag, den 6. Oktober, nachmittags 2 1/2 Uhr,
im Berliner Theater:
Othello.
II. und 12. Abteilung (grüne und weiße Karten).
Gleichzeitig im Lessing-Theater:
II. Serie. 4. und 5. Abteilung (blaugraue und graue Karten):
Gespenster.
Um pünktliches Erscheinen ersucht dringend
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Casino-Theater
Lothringergasse 37.
Neu! **Mary Elly. Neu!**
Fritzi Lizzi. Neu!
Ring des Dr. Schramm mit **Steidl.**
Dazu mit andauernd feinst. Erfolg **Berlin W. — Berlin W.**
Anf. wochent. 8, Sonntags 7 1/2 Uhr

Cirkus Busch.
Donnerstag, den 3. Oktober, 7 1/2 Uhr:
Elite-Gala-Abend.
„His gut Brandenburg allwege.“
Großes Ritter- und Schaulust auf Wasser und zu Lande.
Besonders hervorzuheben: Der Amerikaner Gifford als einseitiger Hochspringer auf seinem Rad. Ausherdent: Gala-Programmnummern.

Cirkus Albert Schumann.
Renz-Gebäude, Karlstrasse.
Donnerstag, den 3. Oktober cr., abends präc. 7 1/2 Uhr:
Elite-Abend.
Gala-Programm. u. a.: Madame Mathilde Heit, Herr G. Hens, Fräulein Fernandez, Mme. Antoinette.
Das Schlußspiel in **Fener u. Flammen** und **Serpentintanz.**
Neuere Erfindung des Direktors **Alb. Schumann.**
Troupe Eugen, 8 Pers. Troupe Balaguer, 5 Pers. Die phänomenalen 5 Amerik. Johnsons, Rind Jugglers, Original-Glowa, Paul Bojanowski, der weltbekannte Berliner.
120 gr. Ballettdivertissement 120 von Damen.
Ein Ständchen in der Kirche No. 4. Dr. Alb. Schumann. Die einzig existierenden dreifachen Rödars. Mme. Blanche und Mme. Rita Maria, Moni. Sauvet, Clown Wolph und Coco. Mit Rabel O'Brien, Gottfried, Schürreiterin Fräulein Dora Schumann, Moni. u. Mad. Marous. Mme. Alida, Mme. Eugenie, Garry und Maria, die beiden Chinesen etc.

Fener u. Flammen und **Serpentintanz.**
Neuere Erfindung des Direktors **Alb. Schumann.**
Troupe Eugen, 8 Pers. Troupe Balaguer, 5 Pers. Die phänomenalen 5 Amerik. Johnsons, Rind Jugglers, Original-Glowa, Paul Bojanowski, der weltbekannte Berliner.
120 gr. Ballettdivertissement 120 von Damen.
Ein Ständchen in der Kirche No. 4. Dr. Alb. Schumann. Die einzig existierenden dreifachen Rödars. Mme. Blanche und Mme. Rita Maria, Moni. Sauvet, Clown Wolph und Coco. Mit Rabel O'Brien, Gottfried, Schürreiterin Fräulein Dora Schumann, Moni. u. Mad. Marous. Mme. Alida, Mme. Eugenie, Garry und Maria, die beiden Chinesen etc.

Gardinenhaus
Bernhard Schwarz
Wallstr. 29 (Blau-Ging)
Ich wohne jetzt: 9106
Charlottenstrasse 16 H.
Dr. Böhm,
Spezialarzt für Wasserheilverfahren.

Sanssouci
Kottbuserstr. 4a.
Wiederanstreten von **Adolf Hoffmann.**
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag **Hoffmanns Norddeutsche Säger**
Nach jeder Solire: **Tanz.**
Anfang Sonntags 7 Uhr, von 5-7 Uhr Konzert.
Entree 50 und 75 Pf. Wochentags **Bereitschaft** gültig und **Tanz frei.** Alle andern Tage bleiben die Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen frei.

Möbel
Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen.
Großes Lager. • Billige Preise. Langjährige Garantie.
Wilh. Lambrecht, Simonstr. 19.

Arbeits-Anzüge
für jeden Industriezweig, taugt man billig bei (23432)
Adolf Wecker
3. Mühlendamm 3.
Künstliche Zähne
ohne Wurzel-Entfernung! **Garantiert schmerzlos!**
Zahn- u. Wurzel-Operat., Plomben etc. Langjährige Garantie.
Teilzahlung Woche 1 Mart.
Bruno Steffens, Reanderstr. 21

Elektra.
Großer Eröffnungs-Kursus
Beginn d. Wintermeisters am 3. Oktober 8 Uhr abends.
6 Mark monatlich.
Anmeldungen schleunigst.
Reanderstr. 4.
Prospekt gratis.
Dr. Schönemann,
Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9.
Sprechstunden: 1/12-1/3, 1/6-1/9.

Dr. med. Schaper
hombop. Arzt u. Spez.-Arzt f. **Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.**
Königsgrünerstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.
Wer schnell und zu constanten Bedingungen 225000
Geld!
Darlehen oder Hypothek sucht, verleihe unsern Hypotheken- und Darlehen-Nachweis.
H. Bittner & Co.,
Hannover-Z.

Anker-Briketts
sind zu haben bei **Friedr. Daniel & Co.,**
Berlin W. 8, Leipzigerstr. 29.
Roh-Tabak
193000! Max Jacoby, Strellitzerstr. 62

Achtung! Verein der Former. Achtung!
Am Sonntag, den 13. Oktober d. J., im Palais-Theater, Burg- und Volksgangstrassen-Ecke:
Große Wohlthätigkeits-Matinee
Auftreten des gesamten Künstler-Personals.
Der gesamte Ueberreicht wird zu Unterstützungszwecken für hilfsbedürftige Mitglieder verwendet. Anfang präcise 12 Uhr. Entree 30 Pf.
In dieser Matinee ladet Freunde und Gönner uneres Vereins recht freundlich ein. **Der Vorstand.**
NB. Gleichzeitig den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Vierteljahres-Versammlung der Matinee wegen am 6. Oktober im Vereinslokal Gipsstr. 9 stattfindet. **D. C.**

Achtung!
Ringmilk! Charlottenburg!
Nachstehende Milchgeschäfte und Wolkereien unterstützen die agrarischen Bestrebungen der Milchvereine:
1. **B. Seeland,** Großmannstr. 19.
2. **B. Lemke,** Pöhlitzstr. 104.
3. **F. Gull,** Kanitzstr. 145.
4. **O. Ferber,** Schillerstr. 64.
5. **R. Kothe,** Schillerstr. 62.
6. **A. Batti,** Pöhlitzstr. 97.
7. **J. Ratajczak,** Pöhlitzstr. 92a.
8. **W. Eisele,** Goethestr. 17a.
9. **B. Herrmann,** Kanitzstr. 97.
10. **H. Schultz,** Schillerstr. 3.
11. **A. Ohmann,** Bismarckstr. 103.
12. **A. Zorn,** Kanitzstr. 15.
13. **Fischer.**
14. **E. Grewe,** Wallstr. 93.
15. **P. Nickel,** Köpenickerstr. 5.
16. **E. Grams,** Schillerstr. 26.
Wir erlauben daher nur in solchen Geschäften den Milchbedarf zu decken, in welchem das mit dem Stempel des Vereins Berliner Milchpächter versehenes Plakat und der Aufschrift 289/13
Ringfreie Milch
mit dem Namen **A. Wiesener,** Berlin, Straußbergerstr. 6a, abhängt. **Bereinigung der Milchhändler-Vereine Berlins und der Vororte.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unter langjähriges Mitglied, der Dreher **Adolf Wichmann**
gestorben ist. 198/18
Seine Hinterbliebenen!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 3. Oktober, nachm. 4 Uhr, vom Angulus-Hospital aus statt. Regere Beteiligung erwartet.
Berlin, den 2. Oktober 1901.
Die Ortsverwaltung.

Herren-Vortrag
v. Naturforsch. **Grundmann,**
Kurort Kämpfstr. 72.
Freitag, 4. Oktober, Andreasstr. 21.
Mittwoch, 9. Oktober, Hermannstr. 49.
Freitag, 11. Okt., Kommandantenstr. 20.
20 Pf. Entree. 1. Volkshaus, Abds. 8 1/2.

Dr. med. Woerlein's Magentrank.
Das beste Genussmittel für den Magen, Unentbehrlich für jede Haushaltung.
Preis 1.- Mk., 1,50 Mk. und 3.- Mk.
Nur echt mit vollem Namenszug
Dr. med. Woerlein, prakt. Arzt.
Fabrikant **Jean Becker, Ludwigshafen a. Rh.**
Erfülllich bei:
Berlin C.
Dr. H. Bernard, Einhornapotheke, 19, Oststr. 34/35.
Wag Schwarzlose, Königl. Hoflieferant, 2, Königl. 69.
Berlin N.
G. H. Selterberg, Drog. u. Parf., Glöckerstr. 97.
Fugo Barth, Drog. u. Parf., Brunnenstr. 18.
Berlin NO.
Richard Loose, Nachf. G. Ulrich, Neue Königl. 19.
Franz Vahl, Neue Königl. 85.
Berlin SW.
Franz Schwarzlose, Droguerie, Leipzigerstr. 56.
G. H. Heiniger, Droguerie, Köchstr. 3.
Gustav Rettig, 29, Belle-Alliancestr. 91.
Ernst Wilh. Weich, 61, Bismarckstr. 1.
G. F. Ander, 48, Friedrichstr. 249.
Johannes Scopa, Import-Haus, 48, Friedrichstraße 240/1.
Berlin W.
L. Hora, Droguerie, Potsdamerstr. 5.
Wag Geert, Adler-Droguerie, Unterstr. 1, Ecke Abendsterne.
W. Köppen, Droguerie, Abendsterne, 2a.
G. H. Wintler Nachf., Droguerie-Handlung, Kurfürstenstr. 139.
Bruno Zindow, 30, Rollendorfsplatz 8.
Wag Schwarzlose, Königl. Hoflieferant, Potsdamerstr. 70.
Berlin NW.
G. H. Selterberg, Drog. u. Parf., Luisenstr. 39.

„Messpalast“, Festsäle.
Alexandrienerstr. 110.
Empfehle Säle verschiedener Größe und Vereinszimmer zu Festlichkeiten aller Art und Veranstaltungen. 4 Regeldarben heben noch einige Tage zur Verfügung. Im Restaurant jeden Abend musikalische Unterhaltung. 23291! Mittag u. Abends früh zu kleinen Preisen. Die Direktion.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Nur erhaltene. Direktion:
Sonntags 5 Uhr. Spezialitäten. **J. M. Hätt.**
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung.**

Schönschreiben 8 M., Buchführung 12 M.
Stenographie, Schreibmaschine, sämtliche Computationslehren, leicht gründlich, auch älteren Personen, **Krachts Handelschule,** **Reichenhallerstr. 44.** Zweigstelle: **Charlottenburg, Wilhelmstr. 2.** Anfang jeden Monatsbeginn. Der Dreimonats-Kursus in hantlichen Büchern monatlich 25 Mark. 23730*

